

Erscheint täglich außer Montags, Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Regierungs-Verwaltung für 1894 unter Nr. 6210.

# Vorwärts

Infektions-Gebühr beträgt für die sanitärpolizeiliche Beurteilung oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Korrespondent: Juli 1, Nr. 1508.  
Telegraphen-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 2. November 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

#### An die Parteigenossen!

Nachdem der Parteitag in Frankfurt a. M. die Unterzeichneten mit der Leitung der Parteigeschäfte für das nächste Jahr betraut hat, fand im Anschlusse an diese Wahl sofort die Konstituierung der Parteileitung, entsprechend den Bestimmungen des § 13 Abs. III unseres Organisations-Statuts statt.

In dieser Sitzung wurden folgende Beschlüsse gefasst:

Die Adresse des Parteibüreaus ist wie bisher

S. Auer, Berlin SW., Rahbachstr. 9.

Sämtliche für den Parteivorstand bestimmte Briefe und Zusendungen sind nur an die vorstehende Adresse zu richten.

Alle Geldsendungen dagegen sind nur an den Parteikassirer Albin Gerisch, Berlin SW., Rahbachstr. 9, zu adressiren.

Beschwerden über den Partei-Vorstand oder dessen Geschäftsführung sind an

Heinrich Meißner, Hannover, Pferdestr. 9 einzusenden.

Nach den Bestimmungen des § 4 des Organisationsstatuts hat die Neuwahl der Vertrauenspersonen alljährlich im Anschlusse an den Parteitag stattzufinden. Wir richten deshalb an die Parteigenossen die Aufforderung, diese Wahlen vorzunehmen und die Adressen der gewählten Vertrauenspersonen umgehend an das Parteibüreau

Berlin SW., Rahbachstr. 9

einzusenden.

Berlin, 1. November 1894.

Für die Parteileitung:

August Bebel. Paul Singer.

Vorsitzende.

S. Auer, W. Pfannkuch, Schriftführer.

Albin Gerisch, Kassirer.

#### Der Tod des Zaren.

Der längst erwartete Tod des Zaren Alexander's III. ist am 1. November Vormittags in Livadia in der Krim eingetreten. Seit dem 13. März 1881 hat er auf dem Thron des russischen Reiches gesessen, der für ihn frei wurde, als sein Vater dem Dynamitattentat zum Opfer

#### Feuilleton.

#### Erinnerungen eines Kommunarden.

Aus dem Französischen von Jakob Audoz.

Sie verlor auf einen Augenblick das Bewußtsein, doch erholte sie sich durch die Fürsorge des Arztes schnell wieder. Da ich befürchtete, man würde uns nach Beendigung des Traualtes schnell trennen oder auch, daß Sylvio von Neuem ohnmächtig werden könnte, so bat ich den Beamten, mir vorerst zu erlauben, der mir so einzig theuren Person meinen letzten Willen mitzutheilen.

„Meine theure Sylvio,“ sprach ich zu ihr, „in wenigen Stunden werde ich nicht mehr am Leben sein. Wenn es Dir möglich ist, meinen Körper ausgeliefert zu erhalten, so ist mein Wunsch, in der Nähe Deines edlen Vaters bestattet zu werden und Du selbst wirst eines Tages an unserer Seite ruhen. Ich will auf meinem Grabe nur Blumen haben. Du hast mir gesagt, daß Du in einigen Monaten Mutter sein wirst. Lehre unserm Kinde, daß es nicht dem Andenken seines Vaters flucht und erziehe es in denselben Grundsätzen des Ehr- und Rechtsgelübes, die Dein Vater uns einzuflößen wußte. Sage ihm, wenn es ein Sohn ist, daß ich ohne Haß und mit einem reinen Gewissen in den Tod gegangen bin und daß er gegen unsere Feinde keine Rachegeanken hegen soll.“

Ich hielt inne, da die Aufregung Sylvio aufs Neue zu übermannen drohte. Was konnte ich ihr auch noch mehr in Gegenwart all der fremden Leute sagen?

Der Beamte las uns die betreffenden Gesetzesparagrafen vor und richtete an uns die üblichen Fragen. Ich antwortete mit fester Stimme und Sylvio hauchte ein von Schrecken fast ersticktes „Ja“. Wir unterzeichneten und nach uns die beiden Zeugen, dann der Doktor. Als vierten Zeugen, der dem Gesetze nach erforderlich, nahmen wir den Soldaten, der den Posten an der Thür inne hatte.

fiel. Gatten unter Alexander II. die regierenden Bureaukraten das russische Volk mit Ruthen geächtigt, so haben die Regierungsmänner zur Zeit Alexander's III., die Pobedonoszew und Genossen, es mit Skorpionen gepeitscht. Eine finstere, bleierne, grausame und feige Gewaltherrschaft übten sie aus, die sich gegen Alles lehnte, was in den Verdacht einer selbständigen und freien Regung gerieth. Wer danach strebte, dem Volke politische Freiheit, das Recht der Theilnahme an der Verathung und Verwaltung seiner eigenen Angelegenheiten zu verschaffen; wer dem bedrückten Bauern, wer dem Arbeiter aus seiner Noth emporzuhelfen wollte; wer für Bildung und Befähigung wirkte — sie alle waren verächtlich, sie alle fielen als Unruhstifter dem auf Verbannung, Kerker und Tod lautenden Urtheil der Gerichte, oder wenn man ihnen nichts nachweisen konnte, der „administrativen“ Verschickung nach Sibirien anheim. Tausende sind diesen Weg gegangen, Tausende der besten Männer und Frauen Rußlands haben noch jetzt in den Bergwerken, in den Eiswästen Sibiriens dafür, daß sie nicht stumm und taub, nur auf ihren eigenen Vortheil bedacht, an den Leiden ihres Volkes vorübergehen konnten; Tausende sind dahin, sofern nicht der Tod die Verfolgungen des unumschränkten Zaren und seiner Tschinowniks abgekürzt hat.

Es gehört die ganze Verkommenheit der europäischen Bourgeoisie, die ganze Unterthanenemuth der Nachtarbeiter dazu, wenn sich angesichts dieser schmachvollen Zustände in Rußland die Blätter, auch solche liberaler Färbung, dem Zaren auf seinem Sterbebette verherrlichende Artikel widmen. Nirgends aber erscheint diese Verkommenheit jämmerlicher, diese Unterthanenemuth häßlicher, als in den deutschen Zeitungen. Denn die nämliche feige Quälerei, mit der das Zarenregiment die liberale und sozialistische Gesinnung verfolgte, verhängte es, wie über die Polen, weil sie Polnisch, auch über die Deutschen der Ostsee-Provinzen, weil sie Deutsch sprachen. Und wie die Nationalität, gab der Glaube der russischen Unterthanen dem Zarenregiment Anlaß zu den härtesten Verfolgungen. Alle Nicht-Orthodoxen, mochten sie Katholiken, Protestanten oder Juden sein, wurden als Unterthanen zweiter Klasse behandelt. Die Judenverfolgungen wurden von dem Beamtenenthum förmlich gezüchtet, und mancher katholische polnische Priester und deutsche protestantische Prediger hat in die Verbannung nach Sibirien gehen müssen, weil er seine Glaubensgenossen

gegen obrigkeitliche Bedrückung zu vertheidigen wagte. Alle die offenkundigen Thatsachen hindern aber die deutschen Unterthanenemüther aller Konfessionen nicht, ihrem Byzantinismus einen süßlichen Ausdruck zu verleihen, weil den Zaren Alexander III. das allgemeine Menschenloos ereilt, daß er sterben muß. Als ob nicht für diese Lage schon der alte Homer den ewig mustergiltigen Ausdruck gefunden und dem Achilles in den Mund gelegt hat:

„Wohl dem Lieber, so stirbt denn auch Du! Was jammerst so sehr Du? Auch Patroklos ist gestorben und war ein besserer Mann als Du!“

Wie mancher weit bessere Mann ist nicht mit der Zustimmung Alexanders III. von dessen Schergen zu Tode gemartert worden!

Ueber die Persönlichkeit Alexander III. haben wir uns vor einigen Tagen ausgesprochen. Will man für ihn mildernde Umstände geltend machen wegen der Schandthaten, die von seiner Regierung verbrochen worden, so kann man nur auf Charakterchwäche und durch beständige Angst erzeugte theilweise Unzurechnungsfähigkeit plädiren. Um so ungeheurer ist es, daß ein so beschaffenes menschliches Wesen 13 Jahre lang auf das Wohl und Wehe von Hundert Millionen Menschen einen entscheidenden Einfluß ausüben konnte. Und nicht allein in seinem eigenen Lande, auch in fremden Staaten wurde mit seiner Zustimmung Unheil angerichtet. War es doch diesem geistig beschränkten, aber vom Großmuthsgefühl durchtränkten Selbstherrscher vorbehalten, gegen einen benachbarten „Vetter von Gottes Gnaden“ einen Anschlag in Szene setzen zu lassen, der in der Geschichte nur ein Seitenstück hat: des mittelalterlichen Raubritters Kunz von Kaufungen Prinzenraub.

Wie eine bittere Satire auf das angestammte Unterthanenvertrauen liest es sich, daß auch diesem Alexander III. in seiner Thronfolgerzeit die Hoffnungen des russischen Volkes auf den „Kronprinzenliberalismus“ begleiteten. Diese Unterthanenempfindung ist so unausstrotzbar, daß sie auch jetzt wieder Alexander's Sohne Nikolaus, der als zweiter dieses Namens den russischen Thron besteigt, umschmeichelt. Zwar daß ein Gefühl der Enttäuschung bei dem Thronwechsel alle Bedrückten in Rußland erfaßt, ist nur natürlich, denn schlimmer als bisher kann es im Zarenreiche nicht mehr werden.

Ich preßte Sylvio ein letztes Mal an meine Brust. Sie konnte kein Wort reden und besinnungslos trug man sie hinaus.

„Ich kann nichts mehr für Sie thun,“ sprach der Gehilfe des Bürgermeisters zu mir. „Es ist zu spät, Ihre Begnadigung zu erlangen.“

„Man sucht nur für Schuldige um Begnadigung nach,“ erwiderte ich, „ich aber bin unschuldig. Diejenigen, welche in dieser Welt ernstlich das Gute anstreben, können nur im Tode auszurufen hoffen!“

Der Beamte ging mit seinen Freunden fort. Ich bat den Arzt, mir zu sagen, wie spät es sei. Ich vernahm zu meiner Verwunderung, es müsse vier Uhr Morgens sein.

Wenn man auf dem Punkte steht, aus dem Leben zu scheiden, so strömen mit Macht alle die Gedanken auf uns ein, die in wichtigen Augenblicken unseres Lebens unser Gehirn bewegten. Unwillkürlich gelangt man zu einer Art Gewissensprüfung, indem man seine Vergangenheit überblickt. Hatte ich Unrecht gethan, indem ich handelte, wie geschehen? Meine Ueberzeugung sagte mir, daß in den Ereignissen, wie ich sie durchlebte, ich nicht anders handeln konnte noch durfte.

In diesem Augenblick trat ein schwarz gekleideter Mann in meine Zelle und wendete sich in salbungsvollem Tone an mich:

„Mein Sohn, wollen Sie sich, bevor Sie sterben, mit Gott versöhnen?“

„Gott?“ erwiderte ich mit bitterm Lächeln, „ich habe ihn nicht gekannt.“

„Aber bedenken Sie, wie schwer Sie gesündigt —“

„Genug, mein Herr,“ rief ich aus, „ich hatte nie weder Sie noch einen der Ihrigen nöthig zum Leben und jetzt noch viel weniger zum Sterben.“

Der Schwarze ging hinaus und wahrscheinlich dank seiner christlich-mildherzigen Empfehlung mußte ich das Zimmer, in welchem ich getrennt von meinen Unglücks-

gefährten war, verlassen und man führte mich in den Saal oder eigentlich die gemeinsame Gruft zurück.

Als ich hier eintrat, war ich nahe daran, umzufallen; ich drohte zu ersticken. Unbekannte drückten mir still die Hände. Angesichts eines gewissen Todes schienen alle diese demselben Schicksal verfallenen Männer gewissermaßen nur eine Seele zu haben.

Unterdeß erscholl vom Hofe herauf der scharfe Ton eines Kommandos. Es war fünf Uhr. Die Pforte wurde geöffnet und Morgenluft drang frisch und scharf in den Raum. Die entscheidende Stunde hatte geschlagen. Wir drängten uns vor, um als erste in den Tod zu gehen, aber man ließ nur ungefähr zwanzig zur Zeit hinaus. Da ertönte plötzlich mit festem Ton eine helle Stimme und wie mit einem Schlage fielen alle ein. Man sang die „Carmagnole“:

Was woll'n Republikaner roth?  
Eisen, Blei und dann noch Brot,  
Das Eisen unsrer Rache!  
Blei für die heil'ge Sache!  
Und Brot für uns're Brüder!  
Es lebe der Blig der Blige,  
Und Brot für uns're Brüder,  
Es lebe der Blig der Geschühe!

Das unheimliche Knattern der Mitrailleusen erscholl, gefolgt von Ausrufen des Schmerzes und der Verzweiflung, dann erschollen noch einige einzelne Schüsse; den meisten von uns perlte der Schweiß auf der Stirne, alle waren bleich wie der Tod. Ein zweiter Trupp Menschen ging hinaus. Das Lied erscholl weiter.

Aufs neue dröhnten die Schüsse. Jetzt kam an uns die Reihe. Man ließ uns über den Hof gehen und stellte uns an eine Mauer, den noch rauchenden Mitrailleusen und finster schweigenden Soldaten gegenüber. Unsere Füße wankten im Schlamm unserer Kamraden, von denen einzelne noch röchelten. Mehrere von uns, erstickt von Beklemmung, Schrecken und Abscheu,

# Politische Ueberlicht.

Berlin, den 1. November.

Die Agrarier glauben im Trüben fischen zu können und fehl gehen sie sicher nicht, wenn sie glauben, daß der verworrene Gang unserer Regierungspolitik ihnen zu gute kommen kann. Die Aenderung in dem Regierungspersonal ist ihnen günstig. Ohne daß ein Systemwechsel dadurch angezeit wird, ist das Widerspiel der Kräfte im Ministerium den agrarischen Ansprüchen doch günstiger geworden. Fürst Hohenlohe ist ein älterer schwächerer Caprioli, Herr v. Köller aber ein um einige Nummern schneidigerer Eulenburg mit mindestens der nämlichen Neigung zum Agrarierthum, die Graf Eulenburg leihthin bekundet und bestätigt hat. Für diese günstige Sachlage zeigen die Vorkämpfer des Junkerthums die seine Witterung, die sie als ausgelegene Interessensjäger von sehr für ihre Sonderinteressen gehabt haben.

Graf Ranitz bezieht eine Auflage der „Ausrührten Landwirtschaftlichen Zeitung“, ob sein berühmter Antrag wieder eingebracht werden solle, dazu, sich über die Sachlage zu äußern. Inbezug durch seine vorjährige parlamentarische Niederlage ist er entschlossen, alle Hebel anzusetzen, um dem Junkerthum auf Kosten der arbeitenden Klassen ein höheres Einkommen zu sichern. In Verfolgung dieses Gedankens schreibt Graf Ranitz:

Nach wie vor bin ich also von der Nothwendigkeit gesetzgeberischer Maßnahmen zur Erhaltung eines erträglichen Preisniveaus auf dem deutschen Getreidemarkt überzeugt. Die Wiederbringung meines Antrages wird von Stellungnahme meiner politischen Freunde im Reichstage, zunächst meiner Fraktionsgenossen, abhängen. Wenn ich auch glaube, daß die Erkenntnis der Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes jetzt auch in weitere Kreise eingedrungen ist, die Aussichten für meinen Antrag also vielleicht günstiger stehen als im Frühjahr, so ist doch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß meine politischen Freunde einen anderen Weg einschlagen gedenken, daß sie einen besseren Antrag an die Stelle des meinigen setzen. Dies muß abgewartet werden und so bin ich zu meinem Bedauern vor dem Zusammentritt des Reichstages nicht in der Lage, eine bestimmte Erklärung abgeben zu können.

Ein „besserer“ Antrag im agrarischen Sinne könnte nur auf einen noch rücksichtsloseren Ausbeutungsplan hinauskommen. Einen neuen Vantagepunkt werden die Agrarier also jedenfalls unternehmen und so wird denn das neue Ministerium gleich auf die Probe gestellt werden, wie weit es sich der „kleinen, aber mächtigen Partei“ zu akkommodiren gedenkt.

Graf Eulenburg's Verhalten in der Kanzlerkrisis war in der „Kölnischen Volkszeitung“ eingehend geschildert worden. In dieser Darstellung, die auch wir mitgetheilt haben, wird behauptet, daß der Graf die Aufnahme der Forderung einer „strengen Gesetzgebung“ gegen die Sozialdemokratie in die Adresse des Bundes der Landwirthe bewirkt habe. Nunmehr verkündet das Organ des Bundes, die „Deutsche Tageszeitung“: „Wir sind in der Lage, zu erklären, daß diese Mittheilung in keiner Weise und in keiner Einzelheit den Thatfachen entspricht.“ Ja, weshalb wird denn nicht mitgetheilt, was wirklich bei der Unterredung zwischen Graf Eulenburg und Herrn v. Plögg vorgefallen ist?

Ueber weitere Personenveränderungen, im Zusammenhang mit dem jüngsten Kanzler- und Ministerwechsel, schwirren Gerüchte durch die Luft. Der Landwirtschaftsminister Herr v. Heyden soll zurückgetreten sein, der Justizminister v. Schelling am 12. Dezember, zu seinem 50jährigen Dienstjubiläum, zurücktreten wollen; auch von Bötticher soll wackeln u. s. w. Wir befassen uns nicht weiter mit diesen Gerüchten, zumal der Gegenstand derselben politisch ohne jegliche Bedeutung ist.

Geld für landwirthschaftliche Weiräthe bei den diplomatischen Vertretungen des Deutschen Reichs soll schon in der nächsten Reichstagsession gefordert werden. Fünf solcher Stellen sollen eingerichtet werden, und zwar bei den Gesandtschaften in Washington, Petersburg, Paris, Wien und Rom. Mit einem solchen Zuschuß werden die „schreienden“ Agrarier wohl kaum sich den Mund stopfen lassen.

schwirgen. Aber die Andern, zitternd und doch bewundernswürdig, begannen die letzte Strophe der Carmagnole:  
Hoch die Kommune von Paris!  
Hoch die Kommune — — —  
„Feuer!“ schrie der Offizier, indem er seinen Säbel empor schwang.

Die Höderixten hatten aufgehört zu singen!

## Ein Arzt und Sonderling.

Der Kasernenhof war mit Leichen erfüllt. Nach jeder Niederartartung einer Abtheilung von Gefangenen wurden die Leichen derselben in eine Ecke des Hofes geschleppt, wo man sie später in Kisten warf, um sie nach dem gemeinschaftlichen Grabe überzuführen.

Nachdem die dritte Abtheilung auf diese Weise abgethan war, durchlief plötzlich ein Militärarzt die Reihe der Gefallenen, um den Tod derselben zu konstatiren. Dieser Doktor war derselbe, welcher Zeuge bei meiner Trauung mit Silvia war. Als er bei mir vorüber kam (ich habe diese Thatfachen von dem Arzte aus seinen späteren Mittheilungen) fühlte er sich, statt seiner gewöhnlichen Theilnahmslosigkeit, bewegt. Er fühlte mir den Puls und bemerkte, daß in meinem Körper noch Leben vorhanden sei.

Der Unteroffizier, welcher den Arzt begleitete, frug denselben, als er sah, daß dieser bei mir länger als bei den Andern verweilte, ob er mir den üblichen Gnabenschuß mit einem Revolver verabreichen solle.

„Es ist das überflüssig,“ meinte der Arzt kaltblütig, „dieser Mann ist mausetodt. Doch legt seine Leiche bei Seite. Der Körper interessiert mich und ich möchte mit demselben in meiner Anatomie Versuche anstellen.“

Natürlich ging Alles das in größter Hast vor sich. Zwei Soldaten packten mich Bewußtlosen und legten mich abseits an eine Mauer. Die Leichen der Uebrigen wurden fortgeschafft und die Abtheilung der Soldaten, welche bald darauf abgelöst wurde, zog ab. Der Arzt benutzte diesen Augenblick, um seinen Wagen an der Hofpforte vorzuführen und den Körper dieses „häßlichen Jungen“, welchen er schön einbalsamiren wollte, wie er lachend versicherte, mit sich fortzuschaffen.

Denke man sich einen Mann mit einem Nacken wie ein Stier, mit breiten Schultern, einem kleinen gedrückten

Von einer Reorganisation des offiziellen Preßwesens wird gemunkelt. Kann man eine Mißpflanze „reorganisiren“? Man schöpft sie aus und läßt eine Zeit lang Wasser darüber laufen, bis der Schmutz fortgespült ist und nicht mehr Auge und Nase beleidigt. —

An Eselstritten lassen die Bismarck'schen es dem Grafen Caprioli nicht fehlen. Das verstand sich bei der Natur dieser Gesellschaft von selbst. Niemand kann aus seiner Haut heraus, obgleich man eine Löwenhaut umhängen kann. Wahrhaft komisch aber mußtes wirken, wenn unter den Vorwürfen, die dem zweiten Kanzler gemacht werden, auch der sich befindet, er verlasse sein Amt „nur ungern“ und er sei „nicht uneigennützig und selbstlos“ gewesen. Und das aus dem Munde der Lobredner eines Mannes, der sich mit Händen und Füßen, in würdelofter Gier, an die Macht klammerte, und, während er die Regierung führte, aus einem der ärmsten Junker Deutschlands zu weitaus dem reichsten geworden ist — zu einem Krösus mit ungezählten Millionen. Dieses „geniale“ Kunststück hat der „Mann ohne Nr. und Halm“ allerdings nicht fertig gebracht. Und noch einen anderen Fehler haben die Bismarck'schen an Caprioli entdeckt: „Seine Hand war nicht fest genug!“ Das sei Schuld an seinem Sturze gewesen. Aber der angebetete Götz hatte doch gewiß eine „feste Hand“ — in jeder Beziehung — und ist jetzt die „alte Plaketenliste“. —

Die Wahl im 2. anhaltischen Wahlkreis liegt unseren Gegnern sehr schwer im Magen. Fast durchweg hat der sozialdemokratische Kandidat Stimmen gewonnen. In den 10 Bezirken der Stadt Bernburg haben von 6468 Wählern über 5100, also nicht ganz 80 pKt., ihr Wahlrecht ausgeübt. Es erhielten Professor Dr. Friedberg (natl.) 1420, Oberbürgermeister Baumbach (freis.) 272, Goldschmidemeister Fischer (Mittelpartei) 840 und Redakteur Schulze (Soz.) 2575 Stimmen. Vergleicht man mit diesen Zahlen die der Wahl im Jahre 1893, so entfielen diesmal auf den nationalliberalen Kandidaten 854, auf den deutschfreisinnigen 231 Stimmen weniger, auf den sozialistischen 173 mehr. Im Landkreise Bernburg sind in Leopoldshall die meisten sozialistischen Stimmen, nämlich 657, abgegeben worden; dann folgen Heddingen mit 463, Nienburg mit 409, Reudorf mit 307, Sandersleben mit 287 und Güsten mit 225 Stimmen. Angesichts dieser Fortschritte unserer Partei findet die nationalliberale „Magdeburger Zeitung“ einen schwachen Trost darin, daß von den 33 Wahlbezirken des Kreises nur 23 ein Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen, 10 aber eine Minderung zu verzeichnen haben. Als ob nicht erfahrungsgemäß trotz des allgemeinen Anwachsens einer Partei bald hier, bald dort aus örtlichen Ursachen ein Rückgang unvermeidlich ist. Verschieben sich nur die Parteiverhältnisse des Wahlkreises in dem bisherigen Tempo auch weiterhin, so muß der Wahlkreis unser werden.

Ein interessantes Schlaglicht auf das Wesen und die Lage der Freisinnigen Volkspartei wirft eine dem „Berliner Tageblatt“ aus Anhalt zugegangene Korrespondenz. Es heißt da:

Der Rückgang der freisinnigen Stimmen erklärt sich eines Theils dadurch, daß Baumbach erst wenige Tage vor der Wahl sich hier im Kreise sehen ließ, andererseits aber auch größtentheils durch die Annoucen des Bernburger Komitees, wonach Baumbach als Volksparteiler hingestellt wurde. Man will hier im Kreise von der Volkspartei nichts wissen. Hier in Köthen, wo er bei seiner Wahlrede eine Versammlung von circa 1000 Personen hatte, war er nur, was er auch in der That ist, als gemäßigter liberaler Kandidat empfunden.

Also trotz des neuen Programms will man dort „nichts wissen“ von der „Freisinnigen Volkspartei“. Wenn diese anhaltliche Erfahrung maßgebend ist für Deutschland, dann steht's äbler um die Richterlinge, als selbst ihre Gegner bisher annahmen. Und unwahrscheinlich ist das nicht, denn naturgemäß entwickeln sich in den gegenwärtigen heftigen sozialen Kämpfen die Massen des Bürgerthums immer weiter nach rechts. Bezeichnend ist es auch, daß Herr Baumbach, diese ewig schwankende Gestalt, sich in Anhalt als gemäßigter liberaler Kandidat anpreisen ließ. Und der Mann führte den Vorsitz in der Generalversammlung der Freisinnigen Volkspartei! —

Gesicht, in welchem ein Paar lebhaft durchdringende Augen funkelten, umrahmt von einem dichten struppigen, kurzgeschorenen graumelirten Haarwuchs und einem langen rötlichen Barte, — so sah der Doktor Jean Marcos, Bataillonsarzt erster Klasse in einem Linien-Infanterieregiment, aus. Weber in seinem Aeußeren, noch in seinen Manieren hatte er etwas, wie man sich sonst einen „Doktor“ vorstellt.

Er konnte durchaus in keinen Verdacht kommen, irgend welche Sympathie für die Kommune zu haben. Im Gegentheil verachtete er alles, was man unter „Politik“ versteht. Er war Materialist und Atheist, und durchdrungen von der Darwin'schen Theorie.

„Unter den Menschen wie im Thierreich,“ pflegte er zu sagen, „wird der Schwächere von dem ihm Ueberlegenen getödtet. So war es immer und so wird es sein. Das ist ein Naturgesetz.“ Er begnügte sich damit, die Thatfachen festzustellen und die Ursachen derselben zu ergründen, aber er erlaubte sich niemals irgend etwas zu tadeln. Für diesen Forscher war das menschliche Geschlecht nichts als ein Gegenstand des Studiums gleich den Infusorien, den Polypen oder anderen Thiergattungen.

Wenn ihn nun aber auch „das Ideal“ oder das Absolute in der Wahrheit und im Guten gleichgültig war, so besorgte er dennoch eine praktische Lebensregel. Er nahm es vor Allem sehr ernst mit seinem Berufe.

„Es giebt Leute, welche man bezahlt, um zu tödten,“ sagte er sich, „mich bezahlt man, um den Tod unter allen Umständen, wo ich ihn treffe, zu bekämpfen.“

Ich habe nicht festzustellen, ob es sich um eine Strafe oder ein Verbrechen, um einen Schuldigen oder ein Opfer handelt. Wenn Diejenigen, welche tödten, ihren Streich geführt haben, dann beginnt meine Aufgabe. Ich schaue dem Tod ins Auge und spreche: „Jetzt heran zu mir, laß sehen, ob ich Dich nicht besiege.“

Derart war der Mann beschaffen, der mich als eine Art Kuriosum unter einem Haufen von Leichen aufgefunden. Er brachte mich bewußtlos und von starkem Blutverlust äußerst geschwächt unter Beobachtung größter Vorsicht, um nicht die Aufmerksamkeit unnützer Neugieriger zu erregen, in seine Wohnung, wo er mich mit der größten Sorgfalt bettete und sofort meinen Zustand untersuchte.

In militärisch fixirten Köpfen malt sich die Welt ganz anders als in anderen. Wie oft hat sich das nicht schon gezeigt, wenn Militärpersonen Gelegenheit hatten, in das bürgerliche Leben einzugreifen oder gar ein Urtheil über Konflikte zwischen „Zivilisten und Militärpersonen“ zu fällen. Wir veröffentlichten gestern den Bericht über einen solchen Prozeß, der diesmal vor dem Schöffengericht, kurz vorher vor dem Militärgericht sich abspielte. Ein Konflikt zwischen Militärpersonen und Zivilisten gab den Anlaß. Die militärischen Richter gaben den Militärpersonen, das Zivilgericht den Zivilisten Recht. An und für sich ist es schon ein Zeichen dafür, daß etwas faul ist in den Staatseinrichtungen, wenn ein und der nämliche Fall vor zwei verschiedenen Gerichten behandelt werden muß, weil die einen Beteiligten einen besonderen Gerichtsstand haben. Das würde aber noch nicht notwendiger Weise bedingen, daß die beiden Gerichtshöfe zu ganz entgegengesetzten Urtheilen kamen. Da das Militärgericht heimlich, das Zivilgericht aber öffentlich verhandelt, können wir uns nur nach den Verhandlungen des letzteren ein Urtheil bilden. Danach waren unzweifelhaft Militärpersonen der angezeigte Theil. Wenn dennoch das Militärgericht gerade umgekehrt urtheilte, so läßt sich das nur aus einer Voreingenommenheit erklären. Zu verwundern ist das nicht. Senkt doch der Militarismus seine Saugwurzeln in jedes Gehirn hinein, dessen Besitzer unter den Bann Molochs geräth. Sogar die Offiziers-töchter werden, wie das Weiser Beispiel zeigt, schon als Schulmädchen mit dem Standesbünkel infizirt. Was soll man dann erwarten von Personen, die selbst in zweierlei Tuch einherstolziren! —

Der Abg. Eugen Richter läßt in der „Freisinnigen Zeitung“ sichtlich verklären, daß er begonnen habe, Reichstags-Memoiren zu schreiben. Der Anfang derselben soll Schilderungen über die ersten Sessionen des Deutschen Reichstags bis 1877 enthalten unter dem Titel: „Im alten Reichstage, Erinnerungen von Eugen Richter.“ Man schreibt solche Memoiren doch nur, wenn man Aufbegehren hat. Glaubst Herr Richter, daß die Tage der freisinnigen Volkspartei gezählt sind?

Eine That. Die Mainzer Stadtverordneten haben in namentlicher Abstimmung mit 23 gegen 13 Stimmen die Bewilligung eines Platzes für das geplante Heine-Denkmal abgelehnt. Die 23 fühlten sich offenbar durch die Fußtritte, die Heine den deutschen Philistern versetzt hat, persönlich beleidigt.

Ein Opfer der Staatsraison und der in den höchsten Regionen herrschenden Moral ist die Prinzessin Alix von Preußen, die man dem russischen Thronfolger zur Braut gegeben hat. Wir hatten schon wiederholt Gelegenheit, dieser Prinzessin und ihrer Großtante Marie zu erwähnen, auch einer Hessischen Prinzessin, die sich an der Seite eines russischen Großfürsten und Zaren — Alexanders II. — der Staatsraison beugen, und das Leben eines geopferten, verathenen Weibes spielen mußte. Beide Prinzessinnen haben, gleich allen deutschen Prinzessinnen — a n d e r e sind dafür nicht zu haben — die Religion erst wechseln müssen, um der gefährlichen Ehe, und des zweifelhaften Glücks theilhaftig zu werden. Nach Neigung wird bei derartigen Verlobnissen und Ehen nicht gefragt. Ob im neuesten Falle Neigung auf Seiten der Prinzessin vorhanden war, wissen wir nicht. Auf Seiten des Großfürsten jedenfalls nicht. Derselbe hat bereits längst ein „Verhältniß“, und er hat deshalb mit seiner Familie schon wiederholt den ärgsten Skandal gehabt, weil er die Geliebte heirathen wollte. Die höchste Moral erlaubt nämlich, daß ein nicht standesgemäßes Mädchen verführt und als Kebsweib gehalten, nicht aber daß sie geheirathet wird. Der Großfürst drohte, das Beispiel des österreicherischen Erzherzogs Rudolf nachahmen zu wollen — und erklärte sich bereit, auf den Thron zu verzichten. Schließlich wurde die Sache für den Augenblick beigelegt; und als die Katastrophe an den Zaren heranrückte, wurde die Prinzessin Alix an das Herabgelager des Zaren gerufen, eines Sohns jener ersten hessischen Prinzessin, die der Staatsraison in Rußland geopfert worden war; dort sollte sie am 29. Oktober mit ihrem hohen Bräutigam getraut werden. Der 29. Oktober ist vorüber gegangen — die Trauung ist noch nicht erfolgt. Was mag Alles sich hinter den Routissen ereignet haben? Man wandelt nicht ungestraft unter Palmen — und um Throne. —

In Italien vermehren sich die „Anarchisten“ mit den Berlegenheiten Crispi's. Man telegraphirt:

Rom, 31. Oktober. Infolge der in der vergangenen Nacht in Mailand vorgekommenen Bombenexplosion wurden dort zehn Anarchisten verhaftet.

In Livorno sind fünf Mitschuldige Luchesi's, der seiner Zeit den Redakteur Bardi ermordete, verhaftet worden. Die Untersuchung in dem Prozesse ergab, daß die Ermordung Bardi's auf ein anarchistisches Komplott zurückzuführen ist.

Wenn Crispi noch ein paar Jahre so weiter wirthschaftet, wird ganz Italien „anarchistisch“ sein, das heißt, nur noch Einwohner enthalten, die auf den „Ansturz“ dieser Standrechts- und Dankrotterregierung hinarbeiten. Noch ein paar Jahre? So lange wird es nicht dauern, und kann es nicht dauern. —

Spanien hat wiederum eine Ministerkrisis. Und mehr als das. Die Finanzen sind zerrütet, in der Verwaltung herrscht Anarchie und Bestechlichkeit, Noth und Unzufriedenheit sind allgemein — versagt die Armee, so ist die Regierung gestürzt. Herr Sagasta, der bisher „wurzelte“, hat seine Demission gegeben, weil er den Karren nicht mehr aus dem Sumpf ziehen konnte. Die Königin hat Herrn Sagasta aber gebeten, im Amt zu bleiben und sein Ministerium etwas anders zu besetzen; und er hat auch angenommen. Es wird also „fortgewirbelt“ — worin heutzutage die staatsmännische Weisheit besteht. —

Wilde Bestien. Vorige Woche ging durch die Presse eine Notiz, des Inhalts, auf den „Heils-Inseln“ (Iles de Salut — ein schöner Name für solche Höllen!) bei Cayenne, wohin die französischen Galeerensträflinge „deportirt“ werden, sei eine Meuterei ausgebrochen, und etwa ein Duzend der Sträflinge, darunter etliche „Anarchisten“, seien im Handgemeine getödtet worden. Diese Notiz giebt der „Petite République“ Anlaß zu einem Artikel, betitelt: Les Brutes — Die wilden Bestien. Die „wilden Bestien“ sind aber nicht die Sträflinge, obgleich sie, außer „politischen Verbrechern“ und Verbrechern aus Leidenschaft, den „Abgann der Menschheit“ enthalten, die Verkommensten der Verkommenen. Die „Petite République“ drückt die Bezeichnung den unteren Gefangenwärtern, den „chourmos“ (sprich schurru) auf die Stirn, die ebenfalls meist den niedersten Verbrecherkategorien entnommen sind: außer Dienst gesetzte Spitzel

und Lockspiegel, systematisch zur Brutalität erzogene Halkunten jeder Art, die das alte Verbrecherhandwerk nicht mehr genährt hat. Die Sträflinge stehen unter dem Kriegsschrei, die Chiourmes, bis an die Zähne bewaffnet, haben den striktesten Befehl, bei der leiftesten Widerfehllichkeit die Waffen zu gebrauchen, und sie sind überhaupt mit diskretionärer Gewalt ausgestattet. Der „Intransigant“ erzählt aus dem Leben auf den „Heilsinseln“ ein paar grauenhafte Vorkommnisse. Drei nach einem Fluchtversuch wieder gefangene Sträflinge wurden von den Wächtern an Bäume gebunden, bis sie verhungert waren. Ein anderer wieder ergriffener Flüchtling wurde mit Sprup feschmiert und auf einem Ameisenhaufen an einen Baum gebunden. Im Lager von Revire band der „Wärter“ Max zwei Sträflinge, bis an den Gürtel entblößt, an ein Gerüst, wo sie den Strahlen der tropischen Sonne ausgesetzt blieben, bis die Haut wie gekocht war. Dann wurden die Unglücklichen gepeitscht, und wieder angebanden, bis der Tod sie erlöste.

Auf der Werft von Gourdonville rief ein Sträfling, den der Aufseher geschlagen hatte, diesem im Horn zu: Sie Elender! Der Aufseher jagte ihm fünf Revolverkugeln in den Leib, die den Unglücklichen tödteten. Diese Beispiele mögen genügen. Erwähnt sei nur noch, daß Bluthunde (vierbeinige) den Wächtern beigegeben, und darauf dressiert sind, nicht bloß den Mann zu „stellen“, sondern auch zu zerfleischen.

Die vom „Intransigant“ mit allen Details mitgetheilten Fälle haben beiläufig nichts Ueberraschendes. Viele Kommunar den waren seinerzeit nach ähnlichen Stätten des Grauens — in Neu-Caledonien — „deportiert“ und sie haben Ähnliches berichtet, zum Theil selber erlebt. Man lese nur die erschütternden Schilderungen Pelletan's, die er in seinem bekannten Buch über die an den Kommunegefangenen verübten Schandthaten gegeben, und während der letzten Debatte über die „verbrecherischen Gesetze“ ergänzt hat, ohne daß die Regierung eine Ablehnung auch nur versucht hätte.

Und sind die Männer, die derartige Greuel verübten und sie dulden — so fragt die „Petite République“ — nicht größere Verbrecher, als die Sträflinge? —

Casimir Perier und seine Sippe gerathen in immer schärferen Gegensatz zu der öffentlichen Meinung und empfangen von Tag zu Tag mehr und kräftigere Ohrfeigen. Der vorgestrige Tag brachte ihnen zwei arge Blamagen. Die Art und Weise, wie die Regierung sich in der Angelegenheit Mirman benahm, hat in Frankreich allgemeine Entrüstung erregt. Die „Petite République“ nennt es „ein Attentat auf die Volkvertretung“, daß der Kriegsminister das Recht beansprucht, jeden Abgeordneten, der im militärischen Dienstverhältnis ist, d. h. so ziemlich jeden Abgeordneten unter 45 Jahren nach Belieben unter die Fahne zu berufen. Nicht glimpflicher spricht die ganze radikale Presse sich aus. — Die zweite Niederlage, die Herr Perier und sein Ministerium vorgestern erlitt, war die Freisprechung der „Petite République“, die wegen Richterbeleidigung angeklagt war, weil sie erklärt hatte, die Justiz sei durch gewisse politische Prozesse der letzten Monate besudelt worden. Die Vertheidigung, vertreten durch unseren Genossen, den Rechtsanwält und Deputirten Viviani, erhielt den Satz aufrecht, begründete ihn in glänzender Rede und — die Geschworenen sprachen frei. Da die Geschworenen dem Bürgerthum angehören, so beweist dies, daß auch in den bürgerlichen Kreisen das System Casimir Perier abgewirkt hat.

Nicht so glücklich wie die „Petite République“ war der „Parti Ouvrier“, der wegen Beleidigung der Armee, in Person seines Verlegers und des Artikelschreibers zu 1 und zu 1/2 Monat Strafe verurtheilt wurde. In Frankreich huldigt man nämlich ähnlichen Praktiken wie in Deutschland und sucht möglichst viele Personen für das nämliche „Verbrechen“ zu strafen. Die Reaktion ist überall von gleichem Haß gegen die Presse erfüllt und arbeitet überall mit den gleichen kleinlichen Mitteln. —

Es gelingt nichts mehr. Die belgischen Pfaffen, die belgischen Bourgeois und die belgischen Polizisten sind pfliffige Leute, — gewiß so pfliffig wie unsere heimischen Reaktionäre —; und als sie durch das Volk gedrungen, voriges Jahr das neue Wahlgesetz bewilligten, wandten sie all ihren vereinten Scharfsinn auf, um das allgemeine Wahlrecht in ein papiernes Schamgericht zu verwandeln, das zwar aussieht wie ein richtiges Essen aber leins ist. Die Pluralstimmen wurden eingeführt, die Abstimmung sehr schwierig, gleichzeitig aber obligatorisch gemacht, und was sonst noch an Tricks und Kniffen sich auspintirten ließ. Und der Erfolg? Die beiden vorletzten Sonntage haben das ganze Kartenhaus über den Haufen geworfen und alle Berechnungen Lügen gestraft. Jetzt sind die belgischen Herren Reaktionäre daran, ein neues Heilmittel zusammenzubrauen: die Frauen sollen das Stimmrecht bekommen! Die Männer haben sich von den Pfaffen befreit, aber die Frauen sind noch fromm. Lassen wir die Frauen wählen, so wählt durch sie der Pfaffe, und der Mann muß, wie die Frau will.“ Sehr fein ausgetüftelt. Wird jedoch auch nichts helfen. Auch die Proletarierfrauen sind allmähig zum Massenbewußtsein erwacht, und treibt man sie noch gewaltsam ins politische Leben, so wird ihre Fortentwicklung zum Sozialismus nur um so rascher sich vollziehen. Unsere Feinde mögen thun was sie wollen, sie müssen uns in die Hand arbeiten. So will es die Logik der Thatfachen. —

Belgien. Wiederum sind unsere deutschen Reaktionäre um eine Hoffnung ärmer: sie hatten sich schon eingeredet, die zu Abgeordneten gewählten belgischen Sozialisten würden ihren Feinden den Spah machen, den Eid zu verweigern und sich aus der Kammer hinauswerfen lassen. Natürlich denken unsere belgischen Genossen an keine solchen Alotria. Uebrigens haben sie bloß der Verfassung Treue zu schwören — genau ebenso wie der König — und die Verfassung kann ja jeden Augenblick geändert werden, wenn das Volk es will. Von der Monarchie zur Republik ist es kein weiterer Weg, als vom Jenius-Wahlgesetz zum allgemeinen Stimmrecht — vielleicht nicht so weit. —

Der „Peuple“, das Organ unserer französisch sprechenden Genossen, veröffentlicht heute, wie telegraphisch gemeldet wird, an leitender Stelle einen Bericht, in welchem die Ansprache der Arbeiterpartei an das neuzugründende Arbeitsministerium entwickelt werden. Danach soll das Arbeitsministerium das Zentrum einer weitverzweigten Organisation

sein und in allen Ortschaften Agenten haben, um die Beschwerden der Arbeiter entgegenzunehmen; ferner soll es den Generalstab der Inspektion der Arbeiter bilden und die Vorlagen zu Arbeiterausweis- und sonstigen sozialen Gesetzen für das Parlament ausarbeiten. —

Der Schlachtruf Lord Rosebery's gegen das Oberhaus hat die englischen Konservativen mehr belustigt als erschreckt. Der Gedanke, durch Beschlässe des Unterhauses das Oberhaus zur Kapitulation zu bringen, ist aber auch gar zu lächerlich. Beschlässe des Unterhauses sind allezeit gleichwerthige Beschlässe des Oberhauses entgegenzustellen. Das Oberhaus wird sich bloß vor einer Volksbewegung beugen, die es wegwischen könnte. Und vor einer solchen Volksbewegung haben die englischen Liberalen womöglich noch mehr Angst als die Konservativen; wagen sie doch nicht einmal, das Parlament aufzulösen, und bieten sie doch alles auf, um den von der Opposition höhrend geforderten „Appell an das Land“ möglichst hinauszuschleichen!

Die Bäume wachsen nicht in den Himmel, und kommt einmal eine ernsthafte Volksbewegung gegen das Oberhaus, dann wird sie auch nicht vor demselben Halt machen, sondern es wegwischen — nebst so manchem Anderen, das dem Lord Rosebery ebenso theuer ist wie seinem Gegner, dem Lord Salisbury. —

Ein Paradies für Polizisten muß Ägypten sein. Nach einem amtlichen Bericht der englisch-ägyptischen Polizeiverwaltung, die dem Engländer Settle Wascha unterstellt ist, besteht das eigentliche Polizeikorps aus 7000 Mann, wird aber von Militärpatrouillen und Nachwächtern unterstützt. Die letztern sind es, die dem ägyptischen Sicherheitsdienst sein eigentümliches Gepräge aufdrücken; sie werden theils aus Privatmitteln, theils vom Staate bezahlt, versehen am Tage ihre Zivilarbeit und Nachts mit Stock und Vogelklinge den Sicherheitsdienst und erreichen die satthliche Zahl von 70 000 Mann in ganz Ägypten. Dieses Heer von Aufsperrern wird, wie ein Korrespondent der „Köln. Zig.“ mittheilt, an vielen Orten, vornehmlich in Beduinengebieten, von der Sippe der Einbrecher gebildet und ist für die Stammesgenossen verantwortlich. Ähnlich hat sich der altegyptische Staat an seiner Dignität vor den Einfällen der Nomaden zu schützen gesucht. Trotz dieser gewaltigen Zahl von wachsamem Augen des Gesetzes, kommt in Ägypten noch stets eine Anzahl von Räuberzügen und Brandstiftungen vor. 1027 Personen wurden im vorigen Jahre des Mordes angeklagt. Sollte nicht gerade die große Zahl der Polizisten und Nachwächter die Erklärung für die Häufigkeit der Verbrechen abgeben? Man hat auch anderswo die merkwürdige Erfahrung gemacht, daß die zünftigen Ordnungshüter Unordnung hervorgerufen.

Anarchisten- und Dynamitgesetze haben das mit einander gemein, daß sie nur Solche treffen, auf die sie nicht gemünzt sind. Das deutsche Dynamitgesetz hat bloß harmlose Leute geschädigt, und die neuesten Anarchistengesetze in Frankreich und Italien haben Manchem viel Leid gebracht, nur keinem Anarchisten. Ähnlich ist's in Amerika. Dort hat das Anarchistengesetz sein erstes Opfer gefordert, und es ist ein biederer Reformbürger. Man schreibt darüber:

In Ripley, im Staate Tennessee der nordamerikanischen Union ist das neue Anarchistengesetz zum ersten Male zur Anwendung gebracht. Es ist dort der Führer der Volkspartei und Redakteur des „People's Advocate“, G. F. Talley, unter der Anklage des Mordes verhaftet worden. Letztere stützte sich auf einen Artikel, in welchem Talley zu einer Volksversammlung eingeladen hatte, um gegen die Wahlbetrügereien zu protestiren. In dem Aufsatz hieß es: „Ehe die Bürger zu solchem Betrug schweigen, werden sie die Erde mit ihrem Blute tränken.“ Das erwähnte Gesetz verbietet die Einberufung von Versammlungen, die zu Gewaltthatigkeiten aufreizen sollen. Der Verhaftete im vorliegenden Fall ist natürlich kein Anarchist, aber die Aufforderung zu Gewaltthatigkeiten ist nicht allein diesem, sondern Allen verboten. Freilich geht aus der oben angeführten Meldung an sich noch nicht hervor, daß Talley wirklich mit Gewaltthatigkeiten gedroht hätte oder in der Versammlung zu solchen aufreizen wollte. Vielleicht handelt es sich bei der Anklage auch um einen Parteistritt.

Jedenfalls ist die Sache sehr amüfiant. Und daß der „Anarchismus“ in einem Protest gegen Wahlbetrügereien steckt, macht die Sache noch amüsanter und lehrreicher. —

Die Japanesen haben neue militärische Vortheile erungen, und sind nun, siegreich vormarschirend, auf chinesisches Gebiete. China scheint militärisch vollkommen hilflos, während die Japanesen sich diesen Theil der europäischen Zivilisation gründlich angeeignet haben. Von diplomatischen Vermittelungsverfuchen hört man neuerdings nichts, seit die englischen Vorschläge nicht die Zustimmung der übrigen Mächte erhalten haben. England scheint aber unter der Hand auf eigene Faust thätig zu sein. —

Sighlife. Wie sich in den höchsten Gesellschaftskreisen lebt — das zeigt nachstehendes Telegramm über den jüngst plöblich erfolgten Tod der Kaiserin von China: London, 31. Oktober. Dem „Newport Herald“ wird aus Shanghai gemeldet, daß der Tod der jungen Kaiserin von China auf Selbstmord zurückzuführen ist. Dieselbe habe stets unglücklich mit dem Kaiser gelebt, und als derselbe ihr lechthin öffentlich eine Ohrfeige verabreichte, habe die Kaiserin Gift genommen.

Soll auch in anderen Ländern vorkommen. —

## Parteinachrichten.

Von der Agitation. In Bärzel (Kreis Offenbach) sprach am letzten Sonntag der Reichstags-Abgeordnete Richard Fischer. Berlin vor einer äußerst zahlreich besuchten Versammlung über: „Die Sozialdemokratie und ihre Gegner.“ Die Anwesenden, die dem Vortrag mit gespanntester Aufmerksamkeit folgten, lobten dem Redner mit großem Beifall und versprachen in einer Resolution nach besten Kräften für die Ideen des Sozialismus thätig zu sein. — In Mühlheim sprach am gleichen Tage der Reichstags-Abgeordnete Alb. Gerlich über dasselbe Thema. Auch hier befandeten die Anwesenden die erreglichste Begeisterung für die Sache des Proletariats. — In Heusenstamm und Bieber sprach der Genosse Franz Hoffmann. Chemnitz über das oben genannte Thema und erzielte den gleichen guten Erfolg. — In Seligenstadt sprach Genosse Schmahfeld aus Bremerhaven, in Oberthausen hatte Gen. Dreesbach. Mannheim das Referat übernommen. — Von nahezu 1000 Personen war eine Versammlung in Neu-Jensenburg besucht, in welcher Genosse Singer in 14-stündiger Rede das Gebahren der Gegner in scharfer Weise geißelte. — Derselbe Redner sprach am gleichen Tage in Langen; auch hier war der Besuch ein großartiger und der Verlauf und Erfolg der Versammlung ein guter. — Zu einer großartigen Demonstration gestaltete sich eine Volksversammlung in Neustadt a. O., wo den Parteigenossen zum ersten Male der mächtige Saal des Saalbaus zur Verfügung stand. Genosse v. Böttmar und Grille n-

berger waren hier als Referenten angemeldet. Leider war v. Böttmar wegen Krankheit verhindert, seinem Versprechen nachzukommen und so sprach Grilleberger in zierlicher zweifelhäufiger Rede allein über das umfangreiche Thema unter oft herzlichem Beifall der Anwesenden. Unter diesen war ein großer Theil Landleute. — In einer von mehreren Tausend Personen besuchten Versammlung in Mannheim sprach der Reichstags-Abgeordnete Genosse von Böttmar über „Parlamentarismus und die Taktik der Sozialdemokratie“. Seine Ausführungen wurden vielfach von lebhafter Begeisterung unterbrochen; am Schluß seines Referats fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die heute im Saalbau von zierlich dreitausend Personen besuchte Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, Herrn Reichs- und Landtags-Abgeordneten von Böttmar, vollkommen einverstanden. Sie erblickt in der Beteiligtheit der Sozialdemokratie an den Wahlen und an den parlamentarischen Verhandlungen eines der vorzüglichsten Mittel zur Aufklärung der breiten Massen des Volkes und hält die praktische Mitarbeit der sozialdemokratischen Volksvertreter an der gesetzgeberischen Thätigkeit für ein wirksames Agitationsmittel, ist also mit derselben vollständig einverstanden, soweit sie sich mit den Prinzipien der Sozialdemokratie verträgt.“

Für den Wahlkreis Altena-Niersohn ist eine Parteikonferenz für den 25. November in Lüdenscheid anberaumt.

Für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen in Magdeburg wird in der „Vollstimme“ folgendes „Minimum-Programm“ aufgestellt: 1. Errichtung eines kommunalen Arbeitsnachweises und einer kommunalen Arbeitsstatistik unter Mitwirkung und Zubehörsorganisationen. — 2. Gehaltsberhöhung der unteren Angeheerten der Stadt; Festsetzung eines Minimallohns für die städtischen Arbeiter, bei achtstündiger Arbeitszeit; Erlass von Arbeitsordnungen für die städtischen Arbeiter, durch welche dieselben in ihrem Ehrgefühl und in ihren Rechten nicht gekränkt werden. — 3. Errichtung eines aus Vertretern der Stadt, Vertretern und Delegirten der Gewerkschaften bestehenden Arbeitsamtes zur ständigen Ueberwachung der Wohnungs-, Arbeits- und Ernährungs-Verhältnisse der arbeitenden Bevölkerung. — 4. Einführung der Einheitschule; Befestigung der Ueberfüllung der Klassen; Anstellung von vorgezogenem Lehrpersonal; bessere Befolgung der Elementarlehrer und Lehrerinnen; Unentgeltlichkeit des Unterrichtes und der Lehrmittel; Verpflegung der bedürftigen Schulkinder in einer Weise, die keine Demüthigung in sich schließt. — 5. Aenderung des Submissionswesens bei Vergebung städtischer Arbeiten; Uebernahme derselben in eigene Regie. — 6. Uebernahme der lokalen Verkehrsmittel (Pferdebahn, Trambahn). — 7. Bildung eines Fonds, aus welchem ortsanfässige Arbeitslose unterstützt werden, ohne ihre politischen Rechte zu verlieren. Inangriffnahme nützlicher städtischer Arbeiten bei vorhandener Arbeitslosigkeit. — 8. Verweigerung städtischer Gelder zu sogenannten „patriotischen“ Zwecken. — 9. Bekämpfung aller bestehenden und aller etwa noch geplanten indirekten Steuern. — Zur Dedung der notwendigen Ausgaben erstreben wir: 10. Stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer; Erbschaftsteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft.

Verbotene Parteiliteratur in Oesterreich. Folgende Schriften sozialistischer Inhalts sind der österreichischen Zensur zum Opfer gefallen und verboten worden: Oesterreichischer Arbeiter-Kalender für das Jahr 1895. Mich. Bahamin, Gott und der Staat. Berlin. Feinr. Peuß. Die Anebelung der Wahrheit durch die Beleidigungs-Paragrafen. Max Regal. Sozialistische Theaterstücke. Die Tochter des Staatsanwaltes. Ed. Knorr. Sozialdemokratischer Kataklysmus für das arbeitende Volk. Paul Pasargue, Kommunismus und Kapitalismus. W. Liebnicht. Der Hochverrats-Prozess wider Liebnicht, Befehl, Feinr. Mit einer Einleitung. J. Stern, Halbes und ganzes Freidenkertum, Zeit- und Streitchrift. 2. Auflage. — Das Verbot wird jedenfalls seine Wirkung nicht verfehlen und dazu beitragen, den betreffenden Broschüren zu recht großer Verbreitung zu verhelfen.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Das Zeugnißzwang-Verfahren gegen den Genossen Baumüller, Redakteur der Magdeburger „Vollstimme“, der belanntlich wegen Zeugnißverweigerung 6 Monate in Haft genommen worden war, hat noch ein zweites Verfahren und zwar wegen Eidesverweigerung zur Folge. Ein Beschluß des Amtsgerichts verurtheilt B. dierhalb zu 50 M. Geldstrafe oder 10 Tage Haft, außerdem ist ihm die Kostenrechnung für die sechsmonatliche Inhaftierung zugestellt worden; dieselben betragen 61 Mark.

Das Amtsgericht zu Weilburg verurtheilte dieser Tage zwei Genossen aus Gröfthausen auf grund des Kaufschulparagrafen, weil sie an einem Sonntage Schriften verbreitet hatten. Mehrere Zeugen wollten dadurch in ihrem „religiösen Gefühl“ gekränkt worden sein.

Ein Nachspiel zur Maiseier! Das Landgericht in Karlsruhe verurtheilte mehrere Genossen zu 10 M. Strafe, weil sie der Auflösung einer mit Hinterspiel und Deklamationen sich unterhaltenden gemischten Gesellschaft an einem Ausflugsorte am Mai-Feiertage durch den Bezirksamts-Äffessor nicht sofort Folge leisteten. Die Gesellschaft sollte sofort den Saal räumen, obgleich es heftig regnete und andere Unterkunft fehlte.

## Soziale Ueberlicht.

Die Cuntungskarten der Invaliditäts- und Altersversicherung sind gut auszubewahren! Diese Mahnung möchten wir an die zum Militärdienst Einberufenen richten, denn die Betreffenden haben nach Ablauf der Dienstzeit das Recht, sich auf grund des vorzulegenden Militärpasses die Dienstzeit einzutragen zu lassen; bei eventuellen Rentenansprüchen kommt ihnen diese Zeit zu gute. Bekanntlich beträgt die Wartezeit bei der Invalidenrente fünf Jahre und ist daher bei einem früheren Eintritt der Erwerbsunfähigkeit die beschleunigte Zeit der militärischen Dienstleistungen nicht ohne erhebliche Vortheile für den Versicherten.

Die gesammte Forstfläche im Deutschen Reich ist nach vorläufiger Mittheilung des kaiserlichen Statistischen Amtes für 1893 auf 13 956 827 Hektar ermittelt worden, davon waren Laubholz 4 667 210 Hektar und Nadelholz 9 289 197 Hektar. Für 1883 waren 13 900 612 Hektar Forsten ermittelt, woraus sich also eine Vermehrung um 56 215 Hektar ergibt. Die Laubholzfläche betrug 1883 zusammen 4 800 655 Hektar, ist also 1893 um 133 645 Hektar kleiner gewesen als vor 10 Jahren, während die Nadelholzfläche, die 1883 9 100 557 Hektar betrug, um 182 563 Hektar gewachsen ist. Für Preußen beträgt die Abnahme des Laubholzes rund 400 000 Hektar; nur die Provinz Brandenburg zeigt eine Zunahme, während alle anderen Provinzen eine Abnahme der Laubholzwaldbestände aufweisen. Die Nadelholzbestände erfahren in diesem zehnjährigen Zeitraum keine Zunahme in Ostpreußen, Posen, dem Königreich Sachsen, Sachsen-Altenburg und Lippe, sonst wurde der Nadelholzbestand in allen Landesheilen größer. Von den Laubholzbeständen waren 501 415 Hektar mit Eichen, 413 892 mit Birken, 2 082 619 mit Buchen und sonstigem Laubholz bestanden, wozu 112 004 Hektar gemische Bestände treten; außerdem kommen 445 156 Hektar Eichenhölzchen, 42 444 Hektar Weidenbäger und 789 293 Hektar Stokauschlag mit Oberbäumen in Betracht. Unter den Nadelholzbeständen sind weit über die Hälfte, nämlich 5 841 493 Hektar

mit Kiefern, 3 185 621 mit Nichten und Tannen, 42 726 mit Lärchen, endlich 268 278 mit gemischtem Nadelholz befaßt.

**Der „grobe Unfug“** Paragraph in seiner weiteren Ausdehnung. Ein Schulknabe, der ein Mädchen aus dem Nachhausewege aus der Schule in Gemeinschaft mit anderen belästigt hatte, wurde vom Schöffengericht zu Lenzen und der Strafkammer zu Neu-Ruppin in eine Geldstrafe genommen. In der darauf eingeleiteten Revision wurde geltend gemacht, daß es sich hier nur um einen gewöhnlichen Schulbubenstreich handle. Der Strafsenat des Kammergerichts erkannte jedoch auf Zurückweisung der Revision, da in der auf öffentlicher Landstraße unternommenen Belästigung des Mädchens mit Recht der Thatbestand des groben Unfugs gefunden sei. Ebenso habe der Vorderrichter festgestellt, daß der Angeklagte bei Begehung der That die zur Erkenntnis ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht besessen habe. — Bisher hat allgemein die Ansicht gegolten, daß solche Schulbubenstreiche durch die Schuldisziplin zu ahnden seien. Das hat sich aber durch einen größeren erzieherischen Werth als eine Geldstrafe. Daß der Schulknabe sich der strafrechtlichen Folgen seines Handelns bewußt gewesen ist, dürfte doch ausgeschlossen sein. Und ob solche Redereien unter Kindern überhaupt strafrechtlich zu ahnden sind, erscheint uns sehr fraglich. Bei Schaffung des Strafgesetzbuches hat sicher niemand daran gedacht.

**Der Ausschuss des Verbandes kaufmännischer Vereine von Rheinland und Westfalen** beschäftigte sich in seiner letzten in Offen abgehaltenen Sitzung u. a. mit der Frage der Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handlungsgewerbe und beschloß, sich gegen eine Ausdehnung auf alle im Handlungsgewerbe beschäftigten Personen auszusprechen. Dagegen wurde empfohlen, die Unfallversicherung auf kaufmännische Hilfspersonen (Verlader, Packer, Ausläufer und dergl.) auszudehnen, ebenso auf diejenigen Handlungsgewerbebetriebe, bei denen eine erhöhte Unfallgefahr vorliegt, z. B. Expeditionen, Kohlen-, Baumaterialien-, Eisen- u. s. w. Handlungsbetriebe. Ferner hielt der Ausschuss für wünschenswert, daß alle in Fabrikbetrieben beschäftigten Handlungsgehilfen und Lehrlinge, auch wenn sie nicht als Betriebsbeamte anzusehen sind, in die Unfallversicherung des betreffenden Betriebes eingeschlossen werden. Der Verbandsausschuss beschloß, diese Stellungnahme in einer Eingabe an den Bundesrath und Reichstag zum Ausdruck zu bringen.

**Die für Elberfeld geplanten indirekten Steuern**, als: Hund-, Luftfahrtssteuer u. s. w., welche von den Stadtverordneten bereits angenommen worden waren, sind in der zweiten Lesung gefallen. Auch in Odenkirchen, Düren, hat man von den in Vorschlag gebrachten neuen Steuern Abstand genommen. Dagegen sind, wie die „Rheinische Zeitung“ mittheilt, andere rheinische Städte noch eifrig auf der Steuerhuche. So beschäftigt man sich in Neusscheid angeblich ernsthaft mit dem Plane, eine „Waggonsteuer“ einzuführen. Es soll danach von jeder in Neusscheid ankommenden Eisenbahn-Waggonladung eine Abgabe von 4 Mark erhoben werden. Da Neusscheid's Bevölkerung fast ausschließlich von dem Ertrage der dortigen Stahl- und Eisenindustrie lebt und deren Erzeugnisse mit geringen Ausnahmen in Kleinbetrieben hergestellt werden, jedes Pfund Eisen und Stahl, das dort verarbeitet wird, und jeder Zentner Steinkohle, der in Neusscheid verbraucht wird, selbstverständlich auch alle anderen Konsumartikel mit der Eisenbahn herangebracht werden müssen, so mag man ermessen, mit wie großer Einsicht die Befürworter einer Waggonsteuer die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Industriestadt und ihrer 45 000 Einwohner zu beurtheilen vermögen.

**Fabrikantenkonkurrenz auf dem Arbeitsmarkte.** Der wolgäländische Fabrikantenverein sucht, wie wir gestern an dieser Stelle berichteten, weibliche Arbeitskräfte aus Bayern einzuführen, da diese noch billiger sind, als die bedürftigsten sächsischen Textilarbeiter. In bayerischen sowohl als sächsischen Arbeiterblättern ist mehrfach gewarnt worden, den Lockrufen der Fabrikanten Folge zu leisten. Jetzt melden sich nun auch die Annaberger Industriellen der Posamentenindustrie, welche den Verlust ihres Arbeiterinnenhaumes befürchten und in einem Aufrufe mit Recht hervorheben, daß die armen Arbeiterinnen am Ende die Geprüllten sein werden. Es ist der Fabrikant selbst, der hier auf dem Arbeitsmarkte dem Fabrikanten als Konkurrent um die Erwerbung der auszunützbaren Arbeitskraft gegenübertritt. Ein Schauspiel für Götter!

**Die Errichtung eines städtischen Arbeitsamtes** in Verbindung mit einer Dienstboten- und Wohnungs-Nachweisstelle für Ulm ist nunmehr definitiv in einer Sitzung der dortigen bürgerlichen Kollegien beschlossen worden.

**Altkiengeseilschaften in der Schweiz.** Nach dem statistischen Jahrbuch der Schweiz betrug Ende 1892 das Betriebskapital der schweizerischen Altkiengeseilschaften insgesamt 2 259 793 186 Fr., welche Summe von 2/4 Milliarden auf die einzelnen Berufsgruppen sich folgendermaßen vertheilt: Landwirtschaft 311 723 059 Fr., Handel mit dem Gastwirthschafts- und 1 081 918 981 Fr., Verkehr 827 716 705 Fr. Alle 26 Kantone sind am Aktienwesen betheiligt; mit dem größten Antheil der Kanton Zürich mit 576 1/2 Millionen, mit dem geringsten Antheil von 35 000 Fr. der Kanton Appenzell.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

**Essentielle Sitzung vom Donnerstag, den 1. November, Nachmittags 5 Uhr.**  
Vorsteher Langerhans theilt mit, daß die Steuer-Vorlage vom Magistrat eingegangen ist und sich im Druck befindet. Er schlägt vor, dieselbe zunächst in einer ersten Lesung ausführlich zu beraten, und nimmt für den Fall, daß die Tagesordnung der nächsten Sitzung ohnedies sehr reichhaltig sein sollte, die Anberaumung einer Extra-Sitzung für diese erste Lesung in Aussicht. Die Versammlung ist damit einverstanden.

Die Regulierung und Pflasterung des westlichen Theils der Petersburgerstraße, der Straße westlich des Platzes M. und der Straßen 42 und 43 der Abtheilung XIII<sup>a</sup> des Bauungsplans wird nach den Vorschlägen des Magistrats beschlossen und dem Abschluß eines Abkommens mit dem Kaufmann Simon Lipmann, der das erforderliche Straßengrund, soweit es in seinem Besitze ist, unentgeltlich hergeben will, zugestimmt.

In die Einkommensteuer-Versorgungs-Kommission werden die auscheidenden Mitglieder, u. a. der Stadtvo. Tempel und der frühere Stadtvo. Lühauer, in gemeinschaftlicher Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung wiedergewählt.

Die in diesem Frühjahr endlich zu Stande gekommene Neu-Regelung der Gehaltsverhältnisse der städtischen Beamten und Lehrer auf der Grundlage des Systems der Dienstalterszulagen ist von der Aufsichtsbehörde in einigen Punkten beanstandet worden. Der Magistrat hat dieserhalb der Versammlung eine Vorlage zugehen lassen, worin er sich auch der bei der Neuregelung gänzlich unberücksichtigt gebliebenen akademisch gebildeten Gemeindevorsteher in seiner Weise annimmt. Er schlägt nämlich vor, daß diesen zu dem in der Kolation bestimmten Dienstalter 4, 5 oder 6 Jahre hinzugerechnet werden sollen, je nachdem sie bis das Mittelschul-Examen bestanden oder das Lehrer- oder Oberlehrer-Zeugnis erlangt haben. Das auch hiernach das Lebens- bzw. wirkliche Dienstalter der betreffenden außer Betracht bleiben soll, schien der Ausschussmehrheit doch zu unbillig, und so wird vom Ausschuss 9 gegen 5 Stimmen empfohlen, das Dienstalter dieser Lehrerkategorie von dem Zeitpunkt zu datiren, wo sie an Gemeindevorsteherstellen gegen eine jährliche Remuneration von 1600 M. unterrichtet haben. — Ueber die Petition der Ge-

meindelehrer wegen Anrechnung ihrer Dienstzeit als Präparanden-lehrer oder als Lehrer an Privatschulen jeder Art sowie ihrer Hauslehrerzeit ist der Ausschuss zur Tagesordnung übergegangen. Die ordentlichen Lehrer an den höheren Mädchenschulen will der Ausschuss entsprechend dem ursprünglichen, vom Magistrat aber abgelehnten Versammlungsbeschluß den seminariell vorgebildeten Oberlehrern an den Realschulen gleichgestellt wissen. Dem Verlangen des Provinzial-Schulkollegiums, eine weitere Aufbesserung des Gehalts der Lehrerinnen an den höheren Mädchenschulen zu bewirken, glaubt der Magistrat nicht entsprechen zu sollen, ist vielmehr nur bereit, den Lehrerinnen die bezüglich, nach dem System der Dienstalterszulagen sich ergebenden Mehrbeträge als Gratifikation zu gewähren. Bezüglich der technischen Lehrer an den höheren Schulen will es der Ausschuss trotz des Verlangens der Aufsichtsbehörde, dem der Magistrat zu entsprechen beabsichtigt, bei der früher beschlossenen, nach seiner und der Betheiligten Ansicht den Lehrern günstigeren Gehaltskala belassen.

Die Vorschläge des Ausschusses werden mit einer unwesentlichen, die Miethssensschädigung der Direktoren betreffenden Ausnahme ohne Diskussion gutgeheißen.

Welchen Verlauf die Verhandlungen der städtischen mit den kirchlichen Behörden über die anderweitige Ordnung des Sonntagsunterrichts in den Fortbildungsschulen genommen haben, ist bekannt. Das Konsistorium hat sich einstweilen auf die Einrichtung besonderer Frühgottesdienste für Fortbildungsschüler ebenso wenig als auf die Verlegung der Stunde des Hauptgottesdienstes eingelassen, und da der Magistrat an dem Sonntag Vormittag als der allein geeigneten Zeit festhält — die Verlegung des Unterrichts auf einen Wochentag Nachmittags würde nach seiner Meinung das Lehrlingswesen überhaupt vernichten, da der Handwerkerstand das Stillstehen der Betriebe an einem Wochentag bei seiner heutigen wirtschaftlichen Lage nicht ertragen könnte und daher lieber auf Lehrlinge ganz verzichten würde —, so ist im Allgemeinen der Fortbildungs-Unterricht seit dem 1. Oktober 1894 am Sonntag auf die Zeit von 8—9 1/2 Uhr beschränkt und zwar auf Zeichnen, Modelliren und gewisse das Tageslicht fordernde Handbetriebe. Nach einer Mittheilung des Handelsministers soll die Möglichkeit der Einrichtung von Schulanfängen oder Frühgottesdiensten nicht vor dem 1. April 1895 vorhanden sein. Von diesem Stande der Dinge giebt der Magistrat durch besondere Vorlage der Versammlung Kenntniß.

Ein Antrag H. S. H., wonach die Versammlung von der Mittheilung des Magistrats Kenntniß nimmt und denselben ersucht, auch ferner die Interessen des Fortbildungs- und Fachschul-Unterrichts mit aller Entschiedenheit zu vertreten, wird vom Antragsteller empfohlen.

Stadtvo. Dr. Vermees kann nur „mit tiefem Bedauern, ja mit Betrübnis“ von der Vorlage Kenntniß nehmen. Von einer verkehrten Gesetzgebung im Bunde mit einer Geistlichkeit, die für die praktischen Aufgaben des Lebens und für die Verpflichtung der Kommune in dieser Beziehung kein Verständniß hat, werde hier ein blühendes städtisches Unterrichtsinstitut ins Herz getroffen und dem Ruin entgegengeführt. Er hoffe aber, daß die weiteren Bemühens des Magistrats nicht vergeblich sein werden, und empfiehlt gleichfalls die Annahme der Resolution H. S. H.

Stadtvo. Singer: Wir werden für diesen Antrag stimmen, weil auch uns die weitere Ausbildung dieses Unterrichts sehr am Herzen liegt; nicht einverstanden aber sind wir mit der eben gehörten Motivirung. Die Ausführung von dem „Stoß ins Herz“ ist unendlich übertrieben; auch wäre dieser Stoß sehr leicht damit zu pariren, daß man den Unterricht endlich auf die viel geeignetere Wochenzeit verlegte. Am Sonntag Vormittag ertheilt, bleibt dieser Unterricht, so gut er hier in Berlin auch geleistet wird, doch nur eine Stimperei. Der Sonntag ist dazu da, die physische Anstrengung der jungen Leute in der Woche auszugleichen, und die Berliner Gemeinde sollte sich bemühen, eine allerdings „verkehrte“ Gesetzgebung dahin abzuändern, daß der Sonntag endlich seinem Zwecke der Ruhe und Erholung zurückgegeben wird. (Zuruf: In die Kirche gehen!) Ja, dagegen haben Sie doch am wenigsten Anlaß, sich zu empören, denn Sie bewilligen ja fortwährend Kirchen! (Beifall und Widerspruch.) Will der Kollege Vermees an der Korrektur einer verkehrten Gesetzgebung mithelfen, so vereinige er sich mit uns in dem Bestreben, die Gewerbe-Ordnung dahin zu ändern, daß den Lehrmeistern die Verpflichtung auferlegt wird, den Lehrlingen die Zeit zum Besuch des Unterrichts in der Woche zu gewähren, in einer Zeit, wo sie sie jetzt ausdeuten und abschinden! (Unruhe.)

Stadtschulrath Bertram: Meine Absicht, gegen die harte Kritik des Vorredners zu protestiren, ist durch die letzten Vorlegungen sehr abgeschwächt worden, denn in diesen dokumentirte sich eine gründliche Anerkennung der gewerblichen Verhältnisse. Wenn es so leicht wäre, die Sache zu ordnen, hätten wir seine Vorschläge nicht abgewartet. Wir sind auch sehr geneigt, den jungen Leuten möglichst viel Erholung am Sonntag zu gönnen, haben uns aber sehr gefreut, daß wir durch die Einrichtung des Sonntagsunterrichts ihnen einen großen Theil mechanischer Arbeit abgenommen haben, die sie sonst am Sonntag thun mußten. (Sehr richtig!) Was nicht durch Sitte, Einsicht und Geschäftslage allmählich erreicht werden kann, kann ein einzelner Paragraph auch nicht schaffen (Zustimmung). Es ist bereits versucht worden, den Unterricht der Tischlerschule auf Mittwoch Vormittag zu verlegen; aber nur eine verschwindende Zahl von Lehrlingen nimmt daran Theil. Die Fachschule für Schneider hat eine Verlegung des Unterrichts auf Montag Nachmittags erfahren; ähnliches gilt von der Stellmacherschule, wo Mittwoch Nachmittags und Abend unterrichtet werden soll. Ob das Erfolg haben wird, ob die Stellmachergehilfen diese Zeit gewinnen werden, ist fraglich; der Versuch soll ja gemacht werden. Schon jetzt zeigt sich, daß in der Handwerkerchule ein Theil der Lehrer vor leeren Bänken steht, wo die bisherigen Sonntagskurse auf einen Wochentag verlegt werden mußten. Wird der Zwang eingeführt, so werden die Lehrmeister einfach erklären, wir verzichten auf das Halten von Lehrlingen. (Stadtvo. Stadthagen: Deshalb besser! Große Unruhe und Lachen auf den anderen Bänken.) Kommt es erst dahin, dann wird es auch kein Handwerk, sondern nur noch Fabrikbetriebe geben, dann gelangen wir zu amerikanischen Zuständen. Demnen Sie die Nachfolge im Lehrlingswesen, so hemmen Sie den Nachwuchs in den Organen, welche auch in den Fabriken den Gedanken repräsentiren. Damit bringen Sie die künftige Jugend auf den Standpunkt der Handlanger statt der Handwerker. Auf diese Gefahr konnte sich der Magistrat nicht einlassen. (Lebhafter Beifall.)

Stadtvo. Hentig protestirt gegen die kirchenfeindlichen Versicherungen des Stadtvo. Vermees und warnt vor Uebertreibungen nach der einen und anderen Seite. Es stehe doch fest, daß die Lehrlinge ganz schändlich ausgebeutet werden, daß moralische Bewußtsein sei in dieser Beziehung tief gesunken. In den Rechtsanwaltsbüros dieser 5, 6 Schreiberlehrlinge, und so sehr es auch bei den Meistern aus. Der Abkündigung in dieser Frage müsse er sich vorläufig enthalten. (Stürmische Heiterkeit.)

Stadtvo. Singer: Der Vorwurf vollständiger Unkenntnis der Verhältnisse ist gegen mich wohl erhoben, aber nicht begründet worden. Den von mir ausgeführten Gedanken der Uebertragung des Unterrichts in die Wochentage hat der Schulrath ja bereits in die Praxis überführt, und dem gegenüber mocht sich kein Vorwurf gegen mich um so leichter. Allerdings weist der § 120 der Gewerbe-Ordnung den Weg aus dem vorliegenden Dilemma. Man mache durch Ortsgesetze die Fortbildungsschulen für junge Leute unter 18 Jahren obligatorisch. Wenn Sie sich ansehen, wozu die Lehrlinge bei den Meistern eigentlich gebraucht werden, während der ersten beiden Lehrjahre fast ausschließlich zur wirtschaftlichen Hilfe für die Frau Meisterin, zum Wassertragen, Kinderwarten zc.

(Große Unruhe), werden Sie mir zugeben, daß ich dem Herrn Stadtschulrath den Vorwurf mangelnder Sachkenntnis vollständig zurückgeben kann. Was soll Ihre Jeremiade über das Handwerk? Soll dessen Untergang durch Fortbildungsschulunterricht etwa aufgehalten werden? Der Untergang des Handwerks basiert auf ganz anderen Ursachen. Sie lehnen die Innungs-Quadratberein ab; wir sagen, das Fortbildungsschulwesen wird dem Handwerk den goldenen Boden auch nicht verschaffen, den es durch die ökonomische Entwicklung verloren hat. Deshalb macht der Magistrat keinen Gebrauch von seiner Befugnis, den Unterricht obligatorisch zu machen? Würden die Meister dann wirklich auf Lehrlinge überhaupt verzichten? Nicht die Ausbildung tüchtiger Handwerker, sondern die Möglichkeit der Erlangung billigerer Arbeitskräfte ist die treibende Ursache des Lehrlingswesens! (Wiederholte Unruhe.)

Stadtschulrath Bertram: Mit zwei, drei Stunden in der Woche schaffen wir nichts Rechtes; erst als wir die Kurie im Deutschen und im Zeichen auf vier Stunden ausdehnten, haben wir einen eigentlichen Erfolg gesehen. Obligatorische Fortbildungsschulen können nicht mehr als 2 Stunden wöchentlich bieten, nicht 8. Außerdem liegt es nicht etwa am bösen Willen der Lehrmeister, die Lehrlinge von den Schulen fern zu halten; es liegt in der Spezialisierung der einzelnen Betriebe. Aus 20jähriger Beobachtung der Werkstätten bezeuge ich übrigens, daß der Betrieb in den Werkstätten, seit wir die Fachschulen haben, sich beständig gebessert hat. Damit widerlegen sich die Einwände des Vorredners.

Die Versammlung nimmt den Antrag H. S. H. einstimmig an. Den im März abgelehnten Zuschuß von 50 000 M. für das Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Kinder-Krankenhaus beantragt der Magistrat für 1895/96 wieder zu gewähren. Der Anstalt soll die Möglichkeit umfassender Verwendung des Heilsums bei diphtherietkranken Kindern gewährleistet werden. Auf die Verwahrung des Krankenhaus wird den städtischen Behörden ein weitgehender Einfluß gewährt.

Stadtvo. Jacobi empfiehlt Ausschussberatung. Stadtvo. Singer hält einen Ausschuss nicht mehr für notwendig. Der frühere Einwand, daß ein hinreichender Einfluß der Stadtverwaltung auf das Krankenhaus nicht sichergestellt war, sei jetzt beseitigt geworden und an der legendären Wirksamkeit des Instituts sei doch nirgends ein Zweifel. So lange private Krankenhäuser noch möglich seien, sei es nicht angezeigt, mit der Verschleppung auch nur noch eine Woche zu warten, zumal auch die Minderfertigkeit der Einrichtung des Krankenhauses allgemeine Anerkennung gefunden habe. Man könne auf diesem Gebiet nicht munifizent sein.

Nach kurzer weiterer Debatte wird der Antrag auf Ausschussberatung angenommen.

Die Besetzung der neuen Stellen der dirigirenden Kräfte an den städtischen Krankenhäusern durch den Magistrat, dessen Wahl nicht auf die von der Deputation vorgeschlagenen Personen gefallen ist, giebt dem Stadtvo. Kalisch Gelegenheit, seine Mißfallen über diesen Vorgang und dem Magistrat ein feines Tadelvotum auszusprechen.

Oberbürgermeister Zelle und Stadtvo. Cassel legen gegen diese Ausführungen Verwahrung ein.

Die Herstellung eines Personenaufzuges im Rathaus und die Bewilligung von 80 000 M. wird mit der Mobilisation des Etatsjahres erfolgen soll.

Die auf Arbeiter- und Gewerbegerichts-Kreisen ergangenen Anträge auf Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises hat der Magistrat abgelehnt, da er eine solche Institution besonders angeht die erfolgreiche Wirksamkeit des „Zentralvereins für Arbeitsnachweis“, der seine Thätigkeit neuerdings auch auf die Stellenvermittlung für Facharbeiter ausgedehnt hat, weder für zweckmäßig noch notwendig erachtet. Dagegen soll diesem Verein eine Erhöhung der Jahresbeiträge aus städtischen Mitteln von 3000 auf 5000 M. und ein einmaliger Zuschuß von 15 000 M. zum Zwecke der beabsichtigten räumlichen Ausdehnung durch Hinzunahme von 2—3 Stadtbahnhöfen zu Theil werden. Auch will man künftighin bei der Beschaffung der für die städtischen Verwaltungen benötigten Arbeitskräfte thunlichst diesen Arbeitsnachweis in Anspruch nehmen.

Stadtvo. Borgmann ist erstaunt, daß der Magistrat den Anregungen aus Arbeiterkreisen so wenig Gewicht beilegt hat. Ausdrücklich haben die Arbeiter gegen den bestehenden Nachweis deshalb protestirt, weil die Interessentengruppe der Arbeiter in dessen Verwaltung eine wirkliche Vertretung nicht besitzt. Wenn der Magistrat meine, auf diese Weise der Aufforderung des Handelsministers zu genügen und die Sache definitiv aus der Welt zu schaffen, so irre er sich; wenn auch ohne gesetzliche Regelung ein wirklich befriedigendes Arbeitsvermittlungsinstitut nicht ins Leben treten können werde, so liegt doch der Stadt die Initiative ob. Das was jetzt besteht, sei lediglich eine Spielerei und genüge nicht dem Vertrauen der Arbeiter nicht. Der Magistrat habe die Pflicht, selbstständig bahnbrechend auf diesem Gebiete vorzugehen. Ihre Befürchtung, daß ein städtischer Arbeitsnachweis die Arbeitslosigkeit in ihrer ganzen Nacktheit erkennen lassen würde, sehen wir nicht als Befürchtung, sondern als Nothwendigkeit an; wir erhoffen ja von einer städtischen Einrichtung dieser Art auch eine zuverlässige Arbeitslosenstatistik. Den Magistratsantrag lehnen wir als völlig unzulänglich ab.

Die Vorlage wird angenommen.

Am 20. Oktober haben die Stadtvo. Borgmann u. Genossen unter Bezugnahme darauf, daß die Versammlung schon am 14. Dezember 1892 sich mit der Errichtung von Volks-Walden an 14 Stellen für den Süden, den Südwesten, den Weidig und die Schönhauser Vorstadt einverstanden erklärt hat, an den Magistrat die Anfrage gerichtet, wann derselbe der Versammlung bezügliche Vorlagen zugehen zu lassen gedente.

Stadtvo. Singer: Der Antrag begründet sich selbst. Es dürfte nicht unbescheiden sein, nach fast 2 Jahren anzufragen, wann die Anstalten in Angriff genommen werden sollen.

Stadtrath Borchardt bemerkt, daß nicht 1892, sondern 1893 im Dezember jener Beschluß gefaßt sei, daß daher erst 10 Monate seitdem verlossen seien. In seiner Vorlage habe der Magistrat die Ausführung der vier Anstalten innerhalb sechs Jahren in Aussicht gestellt. Es seien inzwischen die Grundstücke für dieselben gesichert, zum Theil auch schon Skizzen entworfen worden und die Vollendung werde nach dem jetzigen Stande der Dinge noch früher als in Aussicht genommen zu erwarten sein.

Damit ist der Gegenstand erledigt. — Schluß 9 Uhr.

## Deveschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Berlin, 1. November. Der amerikanische Botschafter hat dem Auswärtigen Amte die amtliche Mittheilung gemacht, daß der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika dem Kongresse bei seinem Zusammentritt am 1. Dezember auf Aufhebung der Zuschlagstaxe auf Zucker aus Ländern, welche Ausfuhrprämien zahlen, empfehlen wird.

(Deveschen-Bureau Herald.)

Köln a. Rh., 1. November. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Petersburg: So müthig der Jar auch die Eröffnung Sacharjins über die Hoffnungslosigkeit seines Zustandes entgegengenommen, habe sie doch auf den Verlauf der Krankheit ungünstig eingewirkt. Alle anderen Kräfte, auch Leyden, waren gegen diese Eröffnung, worauf Leyden mit Sacharjin uneins wurde. Der Jar äußerte, wenn es mit ihm zu Ende gehe, solle eine schnelle, stille Hochzeit des Thronfolgers stattfinden. — Der dänische Prinz Waldemar reist nach Livadia ab. — Der an einem Lungenleiden erkrankte Großfürst Michaelowitsch ist bereits nach Egypten abgereist.

## Arbeiter! Parteigenossen!

Die Verhandlungen wegen Beendigung des Bierboikotts sind abgebrochen worden, weil die Ringbrauereien eine Bedingung stellten, deren Annahme mit der Ehre der Arbeiterschaft unvereinbar ist. Die Vertreter des Brauerings hatten die Stirn zu fordern, daß der Friedensschluß davon abhängig gemacht werde, daß 33 Arbeiter nie mehr in den Betrieben der Ringbrauer beschäftigt werden.

Arbeiter! Parteigenossen! Ohne jeden Anlaß seitens der betreffenden Arbeiter sind am 16. Mai Hunderte auf Pflaster geworfen worden. Und nun sollen nach monatelanger Aussperrung, nach monatelangen Entbehrungen dreiunddreißig Arbeiter dauernd dem Elend, für immer der Existenzlosigkeit, also dem langsamen Zugrundegehen überliefert werden, dreiunddreißig Mann, von denen keiner Schuld an dem Boykott trägt. Sie sollen als Opfer des Kapitalistenübermuthes auf der Straße bleiben. An der barbarischen Doppeldeimung des 16. Mai hatte der Brauering nicht genug — seine Rache verlangt die Vernichtung von weiteren dreiunddreißig Existenzen.

Arbeiter! Genossen! Wir wissen, daß wir in Eurem Sinne gehandelt haben, als wir diesem ungeheuerlichen Unsinne ein empörtes kurzes Nein entgegensetzten und die Verhandlungen abbrachen. Die Arbeiter Berlins konnten und wollten einen ehrlichen Frieden schließen; niemals aber werden wir unsere Hand dazu bieten, niemals werden die Klassenbewußten, in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie organisierten Arbeiter bilden, daß ein

### ehrloser Friede

geschlossen wird.

Nun ist die Entscheidung getroffen. Der Boykott muß mit erneuter und vermehrter Energie fortgeführt werden. Die Parole

## Kein Tropfen Ringbier

muß mit unwiderstehlicher Macht zur Durchführung gelangen.

Jeder einzelne Arbeiter muß seine ganze Kraft aufwenden, um den Boykott zur vollen Wirkung zu bringen. Dazu ist nöthig, daß die gesammte Arbeiterschaft mit verdoppelter Kraft Hand ans Werk legt, die zur Organisation, Ueberwachung und Durchführung des Boykotts erforderlichen Maßregeln energisch zu unterstützen.

Es bedarf aller Kraft, aller Energie, denn die Brauerdirektoren haben offen erklärt, die Unterwerfung der Berliner Arbeiterschaft durch neue Massenmaßregelungen erzwingen zu wollen!

Arbeiter, Parteigenossen! Der Brauering hat zwar Millionen zur Verfügung und wird in diesem Klassenkampfe auch fernerhin Hunderttausende opfern; hinter uns aber stehen die Massen, auf unserer Seite ist das Recht, ist die Begeisterung, ist der Opfermuth. Und an Euren Opfermuth appellieren wir abermals.

Die unschuldigen Opfer kapitalistischen Uebermuthes dürfen nicht dem Hunger preisgegeben werden. Seit Monaten liegen diese Hunderte existenzlos auf der Straße. Wir wenden uns deshalb an die Arbeiter von ganz Deutschland um thätkräftige und schnelle Unterstützung.

Der Kampf ist uns aufgezwungen worden. Die Berliner Arbeiterschaft hat den Handschuh aufgenommen und sie wird den Kampf durchführen bis zum Ende.

Arbeiter! Euer Klassen-Interesse nicht bloß, Eure Klassen-Ehre ist im Spiel. Da giebt es keinen anderen Gedanken als Sieg!

Vorwärts zum Sieg! Kein Tropfen Ringbier! Hoch der Boykott!

## Die Boykott-Kommission.

### Boykottfreies Bier liefern:

- Brauerei Carlberg, Friedrich Reichenkron, Charlottenburg.
- Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.
- Brauerei Wicheldorf, Direktor Hoffmann.
- Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Süddeutsche Brauerei, Karl Ring u. Co., Berlin.
- Brauerei Müggelschloßchen, Friedrichshagen.
- Nordstern-Brauerei, Berlin.
- Rathenower Exportbrauerei-Niederlage, Joh. Max Demhardt, N.W., Hannoverstraße 18a. Tel. III. 8178.
- Schloßbrauerei, Fürstenwalde. Niederlage bei Franz Heiser, N., Liesenstr. 5.
- Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. D. Niederlage Greifswalderstr. 228.
- Phönix-Brauerei, C. Radon, Lichterfelde.
- Brauerei Jagdschloßchen, Eberswalde. Niederlage Edm. Reuter, Ewinenländerstr. 45.
- Brauerei Tivoli, Straußberg. Niederlage Stabernad, Mühlenstraße 49a.
- Louisen-Brauerei, Belleramstr. 71a/72.
- Brauerei Königs-Wasserhans, Niederlage Reichenbergerstraße 33.
- Brauerei Tanz, Freienwalde a. D. Vertreter: W. Marten, N., Gartenstr. 152.
- Bürgerliches Brauhaus, Luckenwalde. Niederlage Gust. Spielermann, Weberstr. 66.
- Export-Brauerei Grabow a. D. bei Stettin. Niederlage Marten, Belleramstr. 6.

## Ein herrlicher Sieg der Dresdener Arbeiterschaft!

Der Boykott gegen die Waldschloßchen-Brauerei in Dresden, welcher sechs volle Monate gedauert und durch die Einmischung der Behörden und der Staatsanwaltschaft eine besondere Aufmerksamkeit auf sich lenkte, hat mit einem ehrenvollen Siege der Arbeiter geendet. Die heutige Nummer (254) der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ bringt, wie man uns soeben aus Dresden mittheilt, auf der ersten Seite in großer Schrift die Bekanntmachung von der Aufhebung des Boykotts, welche erfolgte, nachdem die Brauerei folgende Erklärung abgegeben hat:

„Infolge Vermittelung einer großen Anzahl Geschäftsleute, welche durch den Boykott schwer geschädigt worden sind, erklären wir folgendes:

1. Wir stellen den Park des „Waldschloßchens“ am 1. Mai 1895 an zwei oder drei Sonntagen des Sommers 1895 der Arbeiterschaft zur Verfügung.

2. Wir erklären, daß wir, wie wir dies bereits bisher gethan zu haben glauben, keinen bei uns beschäftigten Brauer oder Arbeiter wegen Zugehörigkeit zu einer Organisation weder maßregeln noch entlassen, mithin den Organisationsbestrebungen der Arbeiter nichts in den Weg legen werden; wahren uns jedoch unsere volle Freiheit, ohne Rücksicht auf Parteistellung, Arbeiter anzunehmen und zu entlassen.“

Damit sind sämtliche Forderungen, welche die Dresdener Arbeiter stellten, bewilligt. Die Forderung, die entlassenen Arbeiter wieder einzustellen, hatte sich erledigt, da dieselben sämtlich in Stellung sind. Immerhin ist der Sieg ein vollständiger. Die erste Veranlassung zum Boykott war überhaupt nur die Verweigerung des Parkes zur Maifeier, die Entlassung der Arbeiter erfolgte erst, nachdem der Boykott bereits erklärt war.

Der Sieg der Dresdener Arbeiter bedeutet mehr als einen Sieg über die Brauerei, er ist ein glänzender, großartiger Sieg über sämtliche bürgerliche Parteien und Behörden Dresdens — ja ganz Sachsens. Der Boykott in Dresden war kein Angriff seitens der Arbeiter — ebensowenig als hier in Berlin — er war eine berechtigte Nothwehr nicht allein gegen einige Kapitalisten, sondern gegen die gesammten bürgerlichen Parteien, die das Versammlungsrecht der Arbeiter illusorisch zu machen suchten, indem sie die Restaurateure und Brauereibesitzer, welche den Arbeitern ihre Räumlichkeiten zur Verfügung stellen wollten, mit dem Boykott ihrerseits bedrohten. Wir glauben bestimmt annehmen zu dürfen — und wie uns Dresdener Parteigenossen versicherten, hat dies die Brauerei selbst erklärt — daß die Brauerei — und noch viel weniger der Pächter — den Park

nicht aus eigener Abneigung gegen die sozialdemokratischen Arbeiter verweigerte, daß sie — die Brauerei und wiederum noch viel mehr der Pächter — das „gute Geschäft“ gern „mitgenommen“ hätten; die hauptsächlichsten Konsumenten sind überhaupt die Arbeiter — aber die Drohungen der bürgerlichen Parteien, welche die Maifeier der Arbeiter so sehr fürchten und deshalb nicht zugeben wollen, daß man den Sozialdemokraten den Park zu diesem Zwecke zur Verfügung stelle, und dann hauptsächlich die Furcht, daß die ziemlich großen Lieferungen in die Kasernen entzogen werden könnten, mögen die Brauerei veranlaßt haben, den Park zu verweigern. Hätten sich die Dresdener Arbeiter diesen Boykott der bürgerlichen Parteien — und etwas anderes ist dies nicht — stets ruhig gefallen lassen, kein einziges Versammlungslokal stünde ihnen heute zur Verfügung; sämtliche größeren Lokale müßten sie sich erkämpfen, indem sie den Brauereien oder Restaurateuren die Wahl zwischen den Arbeitern und den bürgerlichen Parteien ließen.

Die Waldschloßchen-Brauerei wählte die bürgerlichen Parteien, und da sie sich einmal auf deren Schutz verlassen hatte und wußte oder hoffte, daß diese nun auch für sie kämpfen werden, suchte sie mit Hilfe ihrer Freunde auch gleichzeitig die Organisation der Brauer zu vernichten: Die Brauerei entließ sämtliche organisierte Brauer. Der Boykott war von nun an nicht mehr allein eine Abwehr gegen die bürgerlichen Parteien, sondern auch eine Vertheidigung des Koalitionsrechtes der Brauer.

Die Energie, mit welcher der Kampf seitens der Arbeiter geführt wurde, verdient umso mehr Anerkennung, als unsere Genossen in Sachsen unter einem Ausnahmestand leben, ihnen überhaupt jede Möglichkeit, öffentlich für den Boykott einzutreten, genommen war. Keine einzige Versammlung durfte stattfinden, die sich mit dem Boykott beschäftigten wollte, ja, in keiner Versammlung durfte der Boykott, nicht einmal der Name „Waldschloßchen“ erwähnt werden, geschah dies dennoch, so wurde dem Redner das Wort entzogen oder die Versammlung aufgelöst; die Boykottaufrufe in der Zeitung wurden mit harten Strafen belegt, bis jetzt hat der „Verantwortliche“ für diese Aufrufe drei Monate und sechs Wochen Haft abzuhängen; auch die Ausdräger der Zeitungen, welche Boykottaufrufe enthielten, wurden mit Strafen bedroht, die sich auf 1500 Mark belaufen, ohne die hohen Kosten; schließlich wurde jede Nummer der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ sofort konfisziert, wenn sie einen Boykottaufruf enthielt, so daß eine Einwirkung auf die Arbeiter durch die Presse nicht mehr möglich war; jede geringste Aeußerung, selbst die harmlosesten Bemerkungen über das „Waldschloßchen“ wurden als „grober Unfug“ angesehen und mit Haft bestraft; in lebhafter Erinnerung ist noch der „Erspressungsprozeß“, durch welchen man jede Unterhandlung mit der Brauerei unmöglich machen und die Arbeiter abschrecken wollte.

Während so seitens der Behörden kein Mittel unversucht blieb, um die Arbeiter mürbe zu machen, haben die bürgerlichen Parteien ihre ganze Kraft angewandt, um die Brauerei zu unterstützen und den Boykott für ihre Partei-Interessen auszunutzen. Die Antisemiten gründeten Sauskolonien, antisemitische Geschäftsleute, die gar nicht auf Arbeiter reßtirten, bestellten boykottirtes Bier, Fabrikanten zwangen „ihre“ Arbeiter, in der Fabrik nur „Waldschloßchen“ zu trinken. Die gesammte bürgerliche Presse brachte Aufrufe, die boykottirtes Bier zu unterstützen, die Herren Adernmann, Mehnert und Genossen erließen herzerweichende Dillerrufe und forderten alle „Wohlgeinten“ auf, Gelder für die boykottirten Geschäftsleute zu sammeln, und wenn man diesen Herren glauben könnte, wären „große Summen“ aufgebracht worden. Der Haß der gereizten Bourgeois gegen die Arbeiter ging so weit, daß sich in Dresden kein Rechtsanwält wagte, einen Arbeiter, der wegen „Boykott“ angeklagt war, zu vertreten. Als die drei Genossen Gradnauer, Eichhorn und Finkenbein verhaftet wurden, ersuchten ihre Dresdener Freunde einen der freisinnigen Partei angehörigen Rechtsanwält, sich der Verhafteten anzunehmen, doch dieser Herr erklärte, Leute, die wegen Boykott angeklagt seien, vertheidige er nicht, da er den Boykott für verwerflich halte. Ein anderer Rechtsanwält gab eine ähnliche Antwort. Mörder und Spitzbuben können die Herren vertheidigen, ohne befürchten zu brauchen, von den bürgerlichen Parteien boykottirt zu werden.

Aber alles dieses konnte die Arbeiter Dresdens nicht abschrecken, im Gegentheil: das Vorgehen der Behörden und besonders der „Erspressungsprozeß“ haben eine Empörung hervorgerufen, welche selbst den gleichgültigsten Arbeiter aufrüttelte und ihn zum Kampfe antrieb; die Versammlungen in Dresden und Umgebung wurden besser besucht; die Abonnenten der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ nahmen täglich zu und von Woche zu Woche sahen sich immer mehr Restaurateure und Flaschenbierhändler genöthigt, das Waldschloßchen-Bier abzugeben. Die anti-

semitischen Sauskolonien und die Unterstützungsgelder der Mehnert und Genossen erwiesen sich wirkungslos: Die Brauerei mußte endlich auf Drängen „einer großen Anzahl Geschäftsleute“ kapituliren — ihre Vertheidiger, die bürgerlichen Parteien, sind ebenfalls unterlegen.

Selbst die Versuche der Antisemiten und Konservativen, die kleinen Geschäftsleute zu überzeugen, daß die Sozialdemokraten die Schuld trügen für den Schaden, den sie — die Geschäftsleute — durch den Boykott erlitten, mißlangen gänzlich. Die kleinen Geschäftsleute, und besonders die kleineren, welche fast nur mit Arbeiterkundschaft zu thun haben, können gar nicht begreifen, warum man den Arbeitern den Park nicht geben wollte und betrachteten mit Recht die Antisemiten und Konservativen als die Schuldigen, ohne deren Einmischung es gar nicht zum Boykott überhaupt oder doch zur sofortigen Beilegung desselben gekommen wäre. Dazu kommt noch, daß die versprochene Hilfe ausblieb, von den Konservativen und antisemitischen Jeremiaden, von dem Geschimpfe auf die Sozialdemokraten und von der Bestrafung der „Boykottirer“ konnten die Geschäftsleute nicht leben.

Anteil an der Niederlage haben in erster Linie auch die Behörden und jene Gewaltmenschen, welche glauben, mit Ausnahmestimmungen und gewaltsamer Unterdrückung die Kämpfe der Arbeiter verhindern zu können. Unsere Dresdener Genossen, die, wie wir gesehen, unter den schwierigsten Verhältnissen kämpften, haben von neuem den Beweis erbracht, daß alle Maßnahmen die Arbeiterschaft nicht abhalten können, ihre gerechte Sache durchzusetzen. Der Ausgang des Boykotts in Dresden zeigt aber auch, „wie der Boykott wirkt“, und wenn dies in Dresden der Fall war, um wieviel mehr trifft dies in Berlin zu, wo die Verhältnisse bedeutend günstiger liegen.

Auf den Sieg in Dresden wird der Sieg in Berlin folgen!

## Lokales:

Die Liste der boykottfreien Gastwirthe und Restaurateure wird der am Sonnabend erscheinenden Nummer des „Vorwärts“ wieder beigelegt werden. Veränderungen in der Liste müssen bis spätestens Freitag Vormittag 10 Uhr in der Druckerei von Mag. Sadiug, Beuthstraße 2, Hof 3 Treppen, abgeliefert werden.

Die Leiter der Partei- und gewerkschaftlichen Organisationen werden darauf hingewiesen, daß am Dienstag, den 6. November, in öffentlichen Parteiversammlungen über die Verhandlungen des in Frankfurt abgehaltenen Parteitages Bericht erstattet werden soll. Es erscheint geboten, das Interesse der Parteigenossen möglichst auf diese wichtigen Versammlungen hinzuleiten, und wir richten daher an die Leiter der Organisationen die Bitte, anderweitige Versammlungen nicht einzuberufen und, wo dies angängig, etwa solche, die bereits zum Dienstag angeordnet sind, zu vertagen.

Achtung, Flugblattvertheilung! Die Parteigenossen und Genossinnen des zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreises, insbesondere die Mitglieder des Wahlvereins werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntag, den 4. November, ein Flugblatt vertheilt wird. Es ist die Pflicht eines jeden, sich am Sonntag früh präzis 7 1/2 Uhr in einem der folgenden Lokale einzufinden: Karl Schonheim, Gräferstr. 8; H. Sack, Marktgrafenstraße 102; Franz Ring, Belle-Alliancestr. 74; Julius Kraumann, Kaulstr. 36; Herm. Werner, Bülowstr. 59.

Der Boykott wirkt nicht. Die Woche fängt gut an, so kann die Direktion der Schloßbrauerei Schöneberg ausrufen, wenn sie auf das Resultat des ersten Monats im Geschäftsjahre 1894/95 blickt. Der Oktober erbrachte nach dem von der Gesellschaft gestern veröffentlichten Ausweise bei einem Abfah von 11 391 Hektoliter gegen den gleichen Monat im Vorjahre einen Ausfall von 788 Hektoliter oder von 18 450 M. Abgegeben von der Juni-Ziffer, welche ein Minus von 1049 Hektoliter auswies, bildet der Ausfall pro Oktober den höchsten Monatsbetrag, der für die Gesellschaft in der Zeit des Boykotts resultirt. Die Quittung der Arbeiterschaft Berlins auf die empörende Zustimmung der Brauerproben in jener denkwürdigen Sitzung vom 18. v. M. konnte auch nicht ausbleiben.

Zum Besten der ausgesperrten Brauerei-Arbeiter werden am Sonntag zwei Festschichten abgehalten, auf die wir unsere Parteigenossen aufmerksam machen wollen. Von der Ethischen Gesellschaft wird im Elysium, Landsberger Allee 40/41, eine Matinee, bestehend in Konzert und Theater

verkauft, zu der Karten zu 20 Pfg. an folgenden Stellen zu haben sind: Donath, Pappel-Allee 3/4; Schlicht, Kremmerstr. 8; Demmer, Mantelstr. 19; Pethle, Dresdenstr. 99; Waldeck Manasse, Oranienstr. 130; W. Noack, Reichenbergerstr. 112; Thiedt, Weichenburgerstr. 57. Der Beginn der Matinee ist auf 11 Uhr angesetzt.

Desgleichen hält der Fachverein der Klempner Nachmittags 5 Uhr in Hoffmanns Festsaal, Oranienstraße 180, ein in Konzert und Tanz bestehendes Vergnügen ab, dessen Ueberflüssigkeit den Ausgesperrten zu gute kommen soll. Auf beiden Festen wird es nicht an zahlreichem Besuch fehlen.

**Ueber das Behring'sche Heilserum** sprachen dieser Tage die Mitarbeiter des Professors Behring, die Herren Dr. Paul Ehrlich und Dr. Wassermann im Hörsaal des Anatomischen Instituts. Professor Ehrlich trat der falschen Blättermeldung entgegen, monach drei Kinder infolge der Wirkung des Heilserums gestorben seien. Der aufsehenerregende Fall habe wesentlich anders gelegen, als berichtet worden. Es seien nicht drei Kinder gestorben, sondern nur eines, und bei diesem sei der Tod auch nicht infolge der Immunisirung, sondern erst zu einem Zeitpunkt eingetreten, als diese die Wirkung bereits verloren haben mußte. Ausdrücklich wurde noch von Herrn Dr. Ehrlich betont, daß das Serum gefunden Kindern niemals schade. Dr. Wassermann erklärte, daß das Serum geeignet sei, das Diphtheriegift zu lokalisieren und die nicht angegriffenen Organe zu schützen. In frischen Fällen vermag das Serum fast nie; sämtliche in Krankenhäusern aufgenommenen Kinder, die am ersten und zweiten Krankheitstage mit dem Serum behandelt worden seien, wären genesen. Aber auch im weiteren Krankheitsstadium habe diese Behandlung einen recht günstigen Erfolg aufzuweisen gehabt.

**Die „Droschkenbesitzer-Vereinigung, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung“**, dieses neueste phantastische Produkt fuhrherrlicher Zügellosigkeit zur Wahrung der Unternehmer-Interessen und Bekämpfung der Emanzipationsbestrebungen der Kutscher, fängt bereits an, nach dem sie kaum das Licht der Welt erblickt hat, recht sonderbare Lebenszeichen von sich zu geben und mit diesen den reaktionären Zweck ihres Daseins zu verrathen. In der jüngsten Sitzung dieser „Genossenschaft“ konnte nämlich Herr A. Schulte nicht umhin, seinem überfüllten Herzen ein wenig Luft zu machen und sein geheimes Wünschen zu verrathen. Was Herz wohl ist, dem Mund läuft bekanntlich über, und so bezeichnete er denn in Anbetracht des Umstandes, daß die leihigen stattgehabten Ersahwagen der Besitzer zum Gewerbe-Schiedsgericht wieder zu Ungunsten der Arbeitgeber ausgefallen seien, die Gründung eines eigenen Schiedsgerichts für die Genossenschaft als eine der Aufgaben, welche diese zu erfüllen haben werde. Daß Herr Schulte hiermit nicht allein seinem eigenen Herzenswünsche Ausdruck verliehen, sondern auch den übrigen Herren Genossenschaftlern aus der Seele gesprochen hat, darf wohl mit Sicherheit angenommen werden, denn es ist kein Geheimniß, daß ebenso wie anderen Unternehmern auch den Fuhrherren das Gewerbe-Schiedsgericht ein Dorn im Auge ist und daß sie gar zu gern die Kutscher wie in früheren Jahren wieder unter ihre unbeschränkte Botmäßigkeit bringen möchten. Diese Trauben dürften aber Herrn Schulte und Genossen denn doch zu sauer sein, denn wenn es auch leider den Innungen gestattet ist, eigene Schiedsgerichte für gewerbliche Streitigkeiten zu bilden — soweit sind wir denn doch noch nicht, daß dies auch Genossenschaften gestattet sein sollte. Die Herren Droschkenbesitzer-Genossenschaftler werden daher ihrer Herzen Gelüste wohl bezähmen müssen. Aber auch Herr Grassow hatte etwas auf dem Herzen, was nicht minder auf die Tendenzen dieser Genossenschaft ein bezeichnendes Licht wirft. Er brachte nämlich den Antrag ein, eine Petition an den Herrn Polizeipräsidenten wegen Einschränkung der Droschkennummer-Ausgabe einzureichen. Und daß auch Herr Grassow den braven Droschkenbesitzer-Genossenschaftlern aus der Seele gesprochen hatte, bewies die einstimmige Annahme dieses seines Antrages. Und was bedeutet der Antrag der Dichte betrachtet? Nichts weniger als eine Einengung der Gewerbefreiheit. So mancher Kutscher, den die Fuhrherren auf die schwarze Liste gesetzt hatten, erblickte sein letztes Heil darin, daß er es möglich machte, sich eine eigene Droschke anzuschaffen und als sogenannter „Einspänner“ sich durch's Leben zu kutschieren. Nach den Wünschen der Genossenschaftler soll aber eine Verweigerung der Droschken nicht mehr stattfinden. Jedemfalls beabsichtigt die Genossenschaft, den größtmöglichen Theil der vorhandenen Droschken in ihren Besitz zu bringen, das Angebot von Droschken künstlich einzuschränken, sich dadurch zum Herrn der Situation zu machen, die Kutscher in ihre Leibeigenschaft zu bringen und den gesteigerten Profit schmunzelnd in die Tasche zu stecken. Hürwahr, der Gedanke ist nicht so übel, doch — zwischen Pipp und Reichesrand schwebt oft des Schicksals rauhe Hand! Es wird wohl dafür gesorgt sein oder werden, daß auch die Bäume der Droschkenbesitzer-Genossenschaft nicht in den Himmel wachsen.

**Allergütigste Vorfrist** ist den Arbeitern bei Erörterungen über Dinge, die auch nur entferntem Zusammenhang mit der Person irgend eines Fürsten haben, dringend anzurathen. Ein Fall möge das illustriren. Der Buchbinder S., ein sehr thätiger Parteigenosse, kam am Vorabend der kürzlich stattgefundenen Fahnenweihe in einen Lokal in ein Gespräch mit einem unbekanntem Manne über den Werth des Militarismus, wobei er jedoch nur sachliche Gründe für seine Abneigung gegen diese Institution ins Feld führte. Der Unbekannte entfernte sich etwas erregt, als er einsah, daß ihm sein Gegner auf ein anderes Gebiet aus gewissen Gründen nicht folgen mochte. Nach kurzer Zeit betrat jedoch ein Schuhmann das Lokal, und der in seiner Begleitung befindliche „Militärfreund“ veranlaßte die Verhaftung des Arbeiters wegen — Majestätsbeleidigung, indem er sich als Kollege des befehlten Beamten vorstellte. Obwohl es in diesem Falle nicht allzu schwer sein wird, den Plan zu vereiteln, eine berechtigte Kritik in die Beleidigung einer Einzelperson umzuwandeln, so legt doch der Umstand, daß dies überhaupt versucht werden kann, gerade sehr nahe, sich die Personen, mit denen man Unterhaltungen pflegt, genau anzusehen. Die Mahnung: Hüte Euch vor den Denunzianten! sollte nicht umsonst eine ständige Rubrik in der Arbeiterpresse bilden.

**Wieviel Arbeitsstunden hat ein Tag?** In dem Müllabfuhr-Geschäft von Karl Scheller in der Müllerstraße wurde am Montag Morgen ein Arbeiter zu dem Tageslohn von 2 M. 80 Pf. eingestellt. Das Unglück wollte jedoch, daß der Mann, der um 5 Uhr Morgens in seine neue Beschäftigung eingetreten war, um 11 Uhr plötzlich unwohl wurde und mit der Arbeit aufhören mußte. Er theilte dies dem Inspektor mit und bat um den Lohn, den er bis dahin verdient hatte. „Die Uhr ist jetzt elf“, meinte der Herr Inspektor, „Sie haben mithin einen Vierteltag gearbeitet; hier sind Ihre 70 Pfennige.“ Dem Arbeiter, der wohl wußte, daß der Tag im Kalender 24 Stunden hat, wollte es jedoch nicht einleuchten, daß der Arbeitstag im Müllabfuhr-Geschäft gerade ebenso lange dauere; und er bat daher höflichst um eine kleine Verklärung des Arbeitstages und entsprechende Erhöhung des Lohnbetrages. Nach längerem Sträuben und Harren erreichte der Arbeiter es denn auch glücklich, daß ihm statt 70 Pfennig eine Mark gegeben wurde; ob man im Geschäft des Herrn Scheller aber bereits von der Anrechnung einer 24stündigen Arbeitszeit abgekomen ist, sieht immer noch dahin.

**Antisemitisches.** Eine betrübende Nachricht bringt die „Frankfurter Zeitung“: Die Bödel'sche Sondergründung, so schreibt sie, der „deutschwirtschaftliche Verband“, ist am Sonntag wirklich zu Stande gekommen. Hauptzweck desselben scheint zu sein, Bödel über Wasser zu halten, der, wie Gastwirt

Bödel in einer Versammlung sagte, sich und seinen „Reichsheroth“ kaum noch vor dem Gerichtsvolk zu schämen kann. Der „Reichsheroth“ wurde denn auch zum Organ des neuen Verbandes gemacht, ob er damit auch über Wasser gehalten werden kann, ist doch mehr als fraglich. Vielleicht verübt es der unglückliche Bödel, nachdem ihm seine christlichen Gläubiger das Leben so sauer gemacht haben, zur Abwechslung einmal mit jüdischen Bucherern?

**Ein dreister Raubankfall** ist, wie nachträglich bekannt wird, am Sonnabend Abend auf dem Wege von Berlin nach Pankow verübt worden. Der 20 Jahre alte Elektrotechniker Willi Reinde aus der Wollankstr. 135 zu Pankow hatte um 9 Uhr den Ringbahnhof Schönhauser Allee verlassen, um sich nach der mütterlichen Wohnung zu begeben. Unterwegs sprang ein Mann hinter einem Baum hervor, griff nach Reinde's Taschenuhr und rief drohend aus: „Gib die Uhr her oder ich steche Dich nieder.“ Als der Angegriffene lärm schlug, sah er in der Hand des Räubers ein Messer, das nach seinem Kopf geführt wurde. Es wurde aber nur der Hut durchgehoben. Als sich auf Grund der Hilferufe von einem Pferde-Eisenbahnwagen der mehrere Personen näherten, entfloh der Thäter über die Felder und entkam.

**Erschossen aufgefunden** wurde am Mittwoch Morgen um 9 Uhr durch den Förster Winger im Thiergarten bei der Schußmannsbrücke ein Mann, der einen mit dem Namen „Gastwirt Karl Klähnhammer“ beschriebenen Zettel bei sich trug. Aus einem Revolver hatte er sich einen Schuß in die linke Schläfe beigebracht.

**Das Schicksal moderner Prachtbauten.** Im Wege der Zwangsversteigerung stand gestern der von der Kommanditgesellschaft Sanderop u. Co. erbaute „Friedrichshof“, Kochstr. 16 und 17 und Friedrichstr. 41 und 42 zur Versteigerung. Ersteher wurde der Bankier Adolf Schwabacher hier, Vinkstr. 5, für das Meistgebot von 2,870,000 M. Die erste Hypothek der Preussischen Bodenkredit-Aktiendank lief mit 2,800,000 M. aus.

**Das Eisenbahngelände**, das vom Schlessischen Bahnhof nach der Gasanstalt in der Gitschinerstraße führt und durch die Skalfigerstraße geht, ist dem Fuhrwerkverkehr schon oft hinderlich geworden. Auch am Donnerstag Vormittag lag wieder ein schwieriger Fall vor. Ein mit Prestoblen beladener Wagen war um 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr am Stottbuser Thor mit den beiden rechtsseitigen Rädern in dem Schienenwege so fest sitzen geblieben, als ob er angehängt gewesen wäre. Alle Versuche, das Fuhrwerk flott zu machen, blieben längere Zeit erfolglos. Der Pferdeisenbahnverkehr, der die auf jenen Strecken breiteren Schienentrassen mitbenutzt, erlitt durch das Hinderniß eine Störung.

**Der frühere Nachtwächter Karl Reichelt** in Wilmerdorf hat sich gestern früh in seiner Wohnung erhängt. Reichelt hatte in der letzten Zeit viel mit Nahrungsjorgen zu kämpfen. Seine Frau befindet sich in der Privat-Asylanstalt.

**Werthsachen im Betrag** von 10,000 M. sind einem hiesigen Goldmaaren-Reisenden gleich nach seiner Ankunft in Frankfurt a. O. entwendet worden. Derselbe war eben erst mit dem Zuge aus Berlin eingetroffen und übergab sein Gepäck, darunter einen Koffer mit Werthsachen, dem Diener eines dortigen Hotels, der mit dem Hotelwagen auf dem Bahnhofe auf Gäste wartete. Der Mann will nun den Koffer sofort in den Wagen hineingestellt, sich aber nochmals von demselben entfernt haben. Im Hotel angekommen, wurde der Koffer mit dem werthvollen Inhalte vermisst. Von dem Thäter fehlt jede Spur.

**Die Strafe „Am Reichstag-Ifser“** wird an der Friedrichstraße behufs Baues einer Rothbrücke für die Weidendammerbrücke vom 2. November d. J. bis auf Weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

**Polizeibericht.** Am 31. v. M. Vormittags wurde im Thiergarten, beim Neuen See, ein Mann mit einer Schußwunde im Kopfe todt vorgefunden. Es liegt unzweifelhaft Selbstmord vor. — In der Linienstraße erlitt eine Frau infolge eines Fehltritts einen Knöchelbruch. — Im Laufe des Tages fanden vier kleine Brände statt.

#### Witterungsübersicht vom 1. November 1894.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) (0° = 40° F.).
Ewinemünde . . .	775	SW	6	bedeckt	2
Hamburg . . .	774	SW	4	heiter	8
Berlin . . .	775	SW	3	bedeckt	5
Biesbaden . . .	772	NO	2	wolkenlos	5
München . . .	773	D	2	wolkenlos	2
Wien . . .	773	WSW	3	heiter	5
Saparanda . . .	756	WSW	2	bedeckt	2
Petersburg . . .	770	WSW	3	bedeckt	11
Cord . . .	762	SW	7	bedeckt	13
Aberdeen . . .	763	SW	3	wolfig	11
Paris . . .	768	SW	1	halb bedeckt	3

**Wetter-Prognose für Freitag, den 2. November 1894.** Ziemlich heiteres Wetter mit frischen südlichen Winden, etwas kälterer Nacht und wenig veränderter Tagestemperatur; keine oder unerhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

## Theater.

**Lesing-Theater.** Die Kugel, Schauspiel in fünf Aufzügen von Max Nordau. Mensch, überhebe Dich nicht! Mit dieser jervollen Philisterweisheit schließt der Mann der konventionellen Tugden sein neues Werk ab, das am Mittwoch einem verehrungslüsternden Publikum präsentiert wurde. Schlagfertig und sicher zeigte Herr Nordau, daß es vom Uebel ist, wenn der Niedriggeborene aufgeträpelt wird von vornehmen Gönnern und in Kreise hineingelockt, die ihm von Gottes und Rechts wegen immer verschlossen bleiben sollten. Alles Strebertum offenbart sich dann in dem Freigelassenen und selbst vor gemeinen Verbrechen schent der aufgestachelte Ehrgeiz des Emporkömmlings nicht zurück, wie das Beispiel des Rechtsanwalts Dr. Scharf zeigte, des traurigen Helden der Nordauschen Muse. In dem Sohn ihres Handluthers hatte die Frau von Oiderode einen Narren gefressen. Sie hatte dafür gesorgt, daß er, der aufgeweckte Junge, aus der ackerbürgerlichen Luft herauskam auf die Universität und in Berlin ein Mann wurde, der sich sehen lassen konnte. Aber kein Glück kann rein gemessen werden; zwar unser Rechtsanwaltschaft geberdet sich zwar sehr feil und selbstbewußt und bringt es durch seine aufstrebende Forsche sogar zu einer konservativen Reichstags-Kandidatur; aber die eigentlichen Ehren, die den Mann von Stande zieren, bleiben ihm verschlossen. Er schleppt seine niedrige Geburt gleich einer Kugel am Bein herum und kann als Sohn des Kutschers und der Dienstmagd weder Reserveleutnant noch unumschränkter Landrath werden. Aber er will aufwärts und stößt daher mit roher Gewalt Mutter und Jugendliebte zurück, um sich bei einer abligen Dame, die er glücklich von ihrem Ehegespons befreit hat, warm ins Nest setzen zu können. Aber das Verhängniß bricht bei dieser Vermessenheit prompt herein. Es kommt zur rechten Zeit aus Licht; erstens, daß der Streber in der That einen Kutscher zum Vater hatte. Die Folge ist ein Verfall bei der Reichstagswahl (2). Zweitens, daß er Mutter, Geliebte und Kind elend verstoßen hat. Die Folge ist die Auflösung der abligen Verbindung. Drittens aber kommt heraus,

daß die konservativen Wahllosen von 15,000 Mark aus dem Vermögen der Verlobten, das vom geliebten Streber verwalzt war, entnommen worden sind. Die Folge wäre beinahe Pflanzeser gewesen, wenn die zurückgestohene Mutter nicht durch ihr räuberisches Benehmen das Herz der beinahe durch eine plebejische Verbindung besessenen Aristokratin gerührt und im Nu den kalten, berechnenden Sohn zu einem pflanzensweichen Engel umgewandelt hätte. Der zu christlicher Demuth zurückgeführte junge Mensch nimmt Mutter, Jugendliebte und Kind unter den Arm und beschließt, aus Deutschland auszuwandern, um in einem Lande, wo man ungefragter auswärts streben kann, ein neues Leben zu beginnen. Zu dieser mit kummervoller Philisternmoral durchtränkten Handlung klatschte das sonst so standhaftige Premierenspublikum in angemessener Nahrung Weisheit. In jedem Mitschlusse wurde der Autor herausgerufen; dankend nahm er davon Notiz, daß auch im Zeitalter wilder sozialer Gährung immer noch ein Gartenlaubenzirkel friedsam froh gedeiht.

Unter den Mitwirkenden, die dem Stück, voll doktrinärer Lebe Leben einhauchten, ragte namentlich Frau von Böllnig als Mutter Sidart hervor. Es war ein Bild von prächtigster Abtönung, daß sie in ihrer schweren Rolle vorführte.

## Gerichts-Beilage.

**Ein eigener Kustern** schwebt über den Verhandlungen des Schwurgerichts am Landgericht I, welches zur Zeit unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Funke tagt. Vorgekern sollte eine umfangreiche Anklage wegen Vergehens gegen leimendes Leben gegen mehrere Personen verhandelt werden, zu welcher eine große Reihe von Zeugen geladen war. Eine der Angeklagten, eine Frau Marshall von Solich machte die Verhandlung unmöglich, da sie anscheinend von religiösem Wahnsinn befallen war. Sie fing plötzlich an, den Gerichtshof mit salbungsvollen Worten zu avostrophiren und stellte mit erhabener Stimme dem Vorsitzenden in Aussicht, daß er im Himmel ewige Strafen erleiden würde, wenn er es wagen würde, gegen sie etwas zu unternehmen. Der mit frommen Worten durchsetzte Redestrom der Angeklagten war nicht zu dämmen und es blieb dem Gerichtshof nichts übrig, als die Verhandlung zu vertagen und einen Sachverständigen damit zu betrauen, den Geisteszustand der Angeklagten zu untersuchen. — Auch der gestrigen Verhandlung stellten sich unerwartete Hindernisse entgegen. Die Anklage wegen vorläufiger Brandstiftung richtete sich gegen eine Frau Löwenthal. Dieselbe ist s. Z. auf die Anzeige einer Frau Dabergog wegen eines gegen die Versicherungsgesellschaft „Victoria“ verübten Betruges zu 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Jahren Gefängniß verurtheilt worden. Auch in der jetzigen Anklage wegen Brandstiftung war die Dabergog die Angeberin, gerade sie fehlte aber bei dem Aufruf der Zeugen. Es wurde festgestellt, daß sie inzwischen wegen verschiedener Straftaten verschwunden ist und steckbrieflich verfolgt wird. Da ohne diese Zeugin nicht verhandelt werden konnte, mußte auch dieser Termin vertagt werden. Rechtsanwalt Dr. Fr. Friedmann theilte übrigens mit, daß er in der Betrugssache, in welcher die Angeklagte zu 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Jahren Gefängniß verurtheilt worden ist, einen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt hat.

**„Vanderliebe?“** Das letzte Kapitel eines überaus häßlichen Erbschaftsstreites spielte sich heute vor der ersten Strafkammer am Landgericht II ab. Durch seinen leiblichen Bruder war der Furgahändler Karl Wilhelm Wegener aus Charlottenburg wegen fahrlässigen Meineides denunziert worden und hatte sich nun dagegen zu verantworten. Auf Wunsch seiner verstorbenen Mutter hatte der Angeklagte deren Journeegeschäft übernommen, doch sollten die noch eingehenden Aufgebote aus der Zeit vor dem Tode der Mutter zu dem gemeinschaftlichen Erbe der sämtlichen Geschwister fließen. Der Angeklagte hat nun auch sämtliche Eingänge angegeben und wo er die Summe nicht genau wußte, hat er sogar einen höheren als den wirklich empfangenen Betrag zu der Masse gebracht. In einem Falle jedoch behauptete der Bruder, der Angeklagte habe mehr Geld empfangen als angegeben. Es handelte sich um den in Konkurs gerathenen Kunden Engelbrecht. Der Bruder trieb den Angeklagten in der Erbschaftsregulirungssache zum Gibe. Wegener beschwor, nicht mehr als angegeben erhalten zu haben, der Bruder ließ den Bruder ruhig schwören und ließ dann zum Staatsanwalt mit der Anzeige wegen fahrlässigen Meineides. Er hatte sich das in Engelbrecht's Besitz befindliche Anschreibebuch verschafft, welches für die Erben noch ein Plus von 12 M. ergab. Nun vermochte aber der Verdächtige, Rechtsanwalt Schmilinsky, von der Strafkammer die völlige Unschuld seines Klienten nachzuweisen. Die Frau des Kunden Engelbrecht vermochte sich zu erinnern, daß die streitigen 12 M. noch gar nicht an Wegener bezahlt worden seien. Letzterer hatte sich um diese noch ausstehende Forderung nicht mehr gekümmert, dieselbe vielmehr kurzer Hand in den Schornstein geschrieben, da bei dem falligen Engelbrecht doch nichts zu holen war. Unter diesen Umständen erkannte der Gerichtshof dem Antrage des Vertheidigers gemäß auf Freisprechung.

**Ein Juhn** aus dem Thiergarten beschäftigte gestern die IV. Strafkammer hiesigen Landgerichts I. Ein von auswärtig hier angekommener Schriftsetzer promentirte eines Tages im Thiergarten und nahm die Schenswürdigkeiten desselben in Augenschein. In der Gegend des großen Sterns gefelken sich drei junge Leute zu ihm, die augenscheinlich gleichfalls eine Reife durch Berlin machten. Der Schriftsetzer ersubr sofort eine traurige Geschichte über die Verderbtheit der Menschen, denn der eine seiner neuen Freunde erzählte, daß er sorben erst aus Hamburg angekommen sei und daß man ihm hier in der Eisenbahnhalle sein Portemonnaie gestohlen habe. Zu seinem Glück hatte der Bestohlene aber noch ein goldenes Ringlein an seinem Finger, dessen Werth der Bedauerenswerthe in allen Tonarten vries. Der Ring sollte angeblich von seinem Großvater stammen und ihm durch Erbschaft überkommen sein. Er erklärte, daß er schweren Herzens darauf gehen müsse, den Ring zu veräußern und wenn er auch nur 3 Mark dafür bekomme. Der Schriftsetzer wurde kauslufstig und sein Schicksal war besiegelt, als ein unter den Dreien befindlicher angeblicher Goldarbeiter es für einen Wahnsinn ansah, einen so werthvollen Ring für 3 M. zu verkaufen. Der Schriftsetzer ging auf den Kauf ein, zahlte das Geld und das Kleblatt verschwand. Nach dem Urtheil eines Sachverständigen hat der unechte Ring einen Werth von 15 Pf. Leider ist es nur gelungen, den angeblichen Goldarbeiter in der Person des Kellers Max Knappe zu ermitteln. Eine Vorstrafe desselben bewies, daß er ein professionsmäßiger Ringnepper ist und der Staatsanwalt beantragte aus diesem Grunde 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängniß.

**Ein alter Schwindel**, den der Zeiger Paul Ziehe ausgeübt hat, gelangte gestern zur Kenntniß der VII. Strafkammer des Landgerichts I. Ziehe wurde im Juli d. J. aus dem Zuchthaus zu Brandenburg entlassen, wo er vier Jahre sechs Monate zugebracht hatte. Er hatte dort einen Mitgefangenen kennen gelernt und von demselben die Wohnung von dessen Ehefrau in Berlin erfahren. Raum auf freiem Fuße, machte der Angeklagte der Frau einen Besuch. Er stellte sich als Wertmeister im Zuchthaus zu Brandenburg vor, der ihren Mann gut kenne und in der Lage sei, denselben heimlich Lebensmittel zuzuführen. Die Frau verstand den Wink, sie gab dem Besucher 3,50 M., das gesammte baare Geld, welches sie besaß. Von ihrem Ehemann erfuhr sie später, daß sie beschwindelt worden sei. Auf Grund ihrer Personalbeschreibung gelang es, den angeblichen Wertmeister in der Person des An-

geklagt zu ermitteln. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahre neun Monaten und 150 M. Geldstrafe.

Eine Anklage wegen großen Unfugs steht in Werder an der Havel dem dortigen Sarghändler Bergel bevor. Derselbe war von einem Brauereibesitzer, der sich den Rechtsanwalt Haack angenommen hatte, verklagt und schrieb nun an den erstkranken Rechtsanwalt einen Brief, in welchem er denselben bat, bei den schlechten Zeiten nicht so hart mit ihm zu verfahren. Da der Rechtsanwalt doch nicht mehr lange leben würde, möge er ihm, damit er etwas verdienen könne, wenigstens einen Sarg abkaufen, den er, wenn er nicht Kontroordre bekäme, am nächsten Tage beim Rechtsanwalt H. abliefern würde. Letzterer hat nun diesen gemeinen Brief der Staatsanwaltschaft eingereicht und die Bestrafung des B. beantragt, welcher bereits eine polizeiliche Vernehmung dieserhalb hatte.

In der Schweichel'schen Mordaffäre soll nunmehr die Staatsanwaltschaft beschlossenen haben, gegen den Maurer Lohde die Anklage sowohl wegen Mordes als wegen des Sittlichkeitsverbrechens zu erheben. Die Anklage wird jetzt ausgearbeitet, und sobald bei der Beschlusssammer der Antrag auf Eröffnung des Hauptverfahrens gestellt werden.

## Gewerkschaftliches.

Achtung, Töpfer! Den Kollegen und Berufsgenossen wird hierdurch in Erinnerung gebracht, ihrer Pflicht, bezüglich der Abführung der Projekte, so weit es noch nicht geschehen ist, Genüge zu leisten. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß für diese Woche wiederum die abzuführenden 10 Prozent des Verdienstes im Arbeitsnachweis, Gipsstraße 16, entgegengenommen werden. Der Vorstand. J. A.: H. Topf.

Die Hafenarbeiter in Bremen haben wegen Lohn Differenzen am letzten Dienstag die Arbeit eingestellt.

Der Verband der Bauarbeiter und Berufsgenossen Deutschlands hielt am 28. Oktober und die folgenden Tage seinen Verbandstag in Lüneburg ab. Der Geschäftsbericht des Vorstandes und des Ausschusses, welcher gedruckt vorliegt, ergibt, daß die Mitgliederzahl im 4. Quartal 1892 1752, im Jahre 1893 gar nur 1629, am Ende des diesjährigen 2. Quartals aber 1793 betrug. Die Ausgabe für Agitation betrug im Jahre 1893: 488,40 M., 1894: 388,05 M. Ferner geht aus dem Bericht hervor, daß an verschiedenen Orten, wo Kollegen für den Verband agitirten, diese seitens der Unternehmer gemächert wurden, so in Nürnberg, Bismar, Harburg und Lüneburg. Die Ausgaben bezifferten sich auf 212 M. Die Ausgaben für Rechtschutz betrugen 203,50 M. Streiks fanden im Jahre 1893 keine statt, jedoch waren in diesem Jahre zwei zu verzeichnen, in Flensburg und Lüneburg. Der erstere wurde in aller Eile zu Gunsten der Flensburger Kollegen entschieden und hatte keinerlei nachteilige Folgen, auch hatten die dortigen Kollegen keine materielle Hilfe seitens des Verbandes gefordert. In Lüneburg dagegen ging der Streik verloren, und noch immer ist der Leiter der dortigen Zählstelle gemächert. In Unterstützung wurden den Lüneburger Kollegen 985,15 M. gezahlt. Der Kassenbestand war am 31. Dezember 1892 1147,93 M., am 31. Dezember 1893 815,97 M., am 20. September 1894 1555,08 M. — Zu Punkt 3 Organisationsfrage wird beschlossen, den Verband in seiner gegenwärtigen Form aufrecht zu erhalten; die Zentralverwaltung soll demnächst ein Flugblatt zur Verbreitung bringen. — Ferner wurde beschlossen, das 14tägige Erscheinen des Verbandsorgans „Arbeiter“ beizubehalten. Namen und Sitz des Verbandes bleiben wie bisher. Damit war die Tagesordnung erledigt.

Die Bergarbeiter Steiermarks halten zu Weiznachten eine Konferenz in Voitsberg ab. Provisorische Tagesordnung: 1. Situationsbericht. 2. Hochorganisation und Hochpresse. 3. Reform der Bruderkassen. 4. Allgemeine Angelegenheiten. — Alle auf die Konferenz Bezug habenden Zuschriften sind an die Genossen: Johann Zwangger, Bergarbeiter in Jangthal, Post Voitsberg, und Karl Koblhofer, Magaziniere in Jangthal, Post Voitsberg, zu senden.

Vom schottischen Bergarbeiterstreik wird unserem Dortmund. Ueber Partei-Organ vom Genossen A. Siegel unter dem 26. Oktober aus Württemberg geschrieben: „Wohl ist der Streik hier beendet, aber das liegt nicht an dem Fehlen der streifen Organisation, sondern an dem mangelnden Geld. Der Streik hat 17 Wochen angehalten, genau so lange, als voriges Jahr in England. Die Engländer hatten eine gefüllte Kasse, als sie den Kampf aufnahmen, die Schotten dagegen hatten gar nichts und waren auf die Unterstützung der Engländer angewiesen, die leider sehr schlecht ausgefallen ist. In Grunde genommen haben die Schotten besser gestanden, als die Engländer. Wie fast bei jedem Streik, so konnte man auch hier sehen, daß gerade diejenigen die Arbeit zuerst aufnahmen, die es nicht am nötigsten hatten, während die Vermittler am längsten aushielten. Das konnte man in Württemberg sowohl an den Schotten, als auch an den Deutschen sehen. Wenn die Leute alle bis nach dem 1. Oktober ausgehalten hätten, so wäre der Streik gewonnen gewesen, als aber in der Konferenz der Grubenbesitzer berichtet wurde, daß schon 15 000 Mann die Arbeit aufgenommen hätten, da erklärten die Herren, unter diesen günstigen Verhältnissen wäre es eine Thorheit, etwas zu bewilligen. Beide Theile haben etwas gelernt; die Grubenbesitzer werden es nicht so leicht wieder zum Streik kommen lassen. Sie haben nicht geglaubt, daß die Schotten so lange aushalten würden. Die Arbeiter dagegen haben eingesehen, daß dem Kapital nicht so leicht beizukommen ist. Die Sozialdemokratie hat daher eine gute Ernte geerntet: in den letzten Wochen des Streiks hat unser Genosse Reiter die Gelegenheit benutzt und eine Agitationstour im Streikgebiet unternommen. Die Versammlungen waren alle von gutem Erfolg. Das ist das Ende vom Lied, die Sozialdemokratie heimt die Früchte ein. Außer den zehn deutschen Streikbrechern sind die übrigen Deutschen alle entlassen worden, 12 an der Zahl. Die Vorstandsführung der Yorkshire Miner-Federation am 13. Oktober zu Kilmarnock, der aus allen Orten Delegirte beizuwohnen, hat beschlossen: die ausländischen Streikbrecher aus der Federation auszustoßen, und alle Mittel anzuwenden, dieselben aus Schottland zu vertreiben; dagegen für die 12 entlassenen Deutschen, wenn eben möglich, Arbeit zu beschaffen. Der Sitzung habe ich selbst beigewohnt. Wir haben denn auch jetzt Arbeit erhalten, jedoch noch kein Reisegeld; ich hoffe das Fahrgeld für 12 Mann, 3 Frauen und 13 Kinder von der Federation noch zu bekommen.“

## Vermischtes.

Schiffuntergang. Der der neuseeländischen Dampfschiff-Gesellschaft „Union“ gehörende Dampfer „Bairararapa“ scheiterte am Sonntag Abend auf der Fahrt von Sydney nach Auckland an der Great Barrier-Insel bei Neuseeland. 112 Personen, Passagiere und Mannschaften, sollen ertrunken sein, einige Personen konnten sich retten.

Prämierung gefälschter Nahrungsmittel. Auf der letzten internationalen Ausstellung für Volksernährung, Armeeverpflegung etc. in Wien sind, wie die „Deutsche Chemiker-Zeitung“ mittheilt, auch Lebensmittel ausgestellt und prämiert worden, die sich nachträglich als Fälschungen erwiesen. In der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung des Allgemeinen österreichischen Apothekervereins erstattete der Leiter der Wiener Untersuchungsanstalt für Nahrungs- und Genussmittel, Apotheker Dr.

Mansfeld, einen Bericht über die von dieser Anstalt im abgelaufenen Jahre vorgenommenen Untersuchungen, in welchem er unter anderem folgendes hervorhob: Die der Anstalt theils von Behörden, theils von Apothekern zur Prüfung vorgelegten Kaffeesorten erwiesen sich zum großen Theile (6 unter 14) als Fälschungen. Darunter war der „Fischkaffee“, ein Objekt in der genannten Ausstellung, welches sogar prämiert wurde. Dieser prämierte Kaffeesorte enthielt, wie der Referent der erkaunten Versammlung mittheilte, neben wenig Kaffee hauptsächlich Roggen und Gerste, neben viel Kornraden. Der Referent fügte hinzu: Sie sehen, meine Herren, welche Gemüthe der „Molla“ schlärfenden Menschheit winkt! Gefälscht waren ferner: der echte holländische Kaffee-Extrakt (bestehend aus Gerste, Feige und Zichorie). Der „echte feinste Gesundheits-Feigenkaffee (aus Birnenmehl und — kleinen Steinchen), der Hundertguldener-Feigenkaffee bestand aus — gestohlenen Zwetschenkernen. Prämiert waren ferner in der internationalen Ausstellung der Met mit der Bezeichnung „Wie alter Madeira“; trotz dieser vielversprechenden Etikette und trotz der erfolgten Prämierung erwies sich dieser Süssertrank als eine Fälschung aus Stärkezucker!

## Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

P. R. Wenden Sie sich an H. Daehne, Demminerstraße 66.

4 W. R. „Mir“ ist richtig.

## Briefkasten der Expedition.

Für die angesprochenen Brauerei-Arbeiter gingen ferner ein: Von vier Genossen aus den Katakomben der Tegeler Landstraße 5. — Wasserhorst 51 4. — Ueberbruch vom Geburtsst. von Franz Kühnig 10. — Eine Schröder'sche Gistprobe durch Koch u. Fries 7,17. Von den Arbeitsscheuen 1. — Mundharmonika-Verein „Vorwärts“ 2,50. Arbeiter der Firma D. R. Nitsch, 2. Rate 10. — W. B. G. 40 1. — Amerikanische Auktion beim Stiftungsfest des Rauchklubs „Grünthal II 9,55. Werkstat Jungnickel, Langestr. 109 2. — Prozeßkosten 2. — Amerikanische Auktion in Königswusterhausen Vollst. vordr. 13,75. Rauchklub „Ohne Zwang“ 20. — Ueberbruch vom ringfreien Bier, Spandauerstr. 30, 2. Hof, 15. Woche 4,10. Gesammelt bei Sap, Markgrafenstr. 102 1,20. Tischler-Krankenkasse E. d. Billhardt Bierprozent, Tischlerei v. Schuster 5. — Von den Gesellen der Tischlerei von Batsch, Palisadenstr. 30 3,50. Bau Pappelstr. Rainwald 3. — Potsdamer Lonne 1,50. Geburtst. v. B. gef. d. Povellet — 50. 6 Bodenleger und 1 Geisler von Bendig 3,50. A. Nech — 59. Parteigenossen in Anna 23,45. Verb. d. Sattler u. Tapezirer, Jähst. Breslau d. H. 5,95. Von einer roten Geburtstagsfeier Markstr. 16 1,76. Frauen und Mädchen-Vereinsvereinigung St. Charlottenburg 20. — Ges. an der Geburtstagsfeier von Schmidt, Ritterstraße 7. — Andreas B. 7,65. Tischlerei von Seeger, Stettinerstr. 34 10,95. A. S. Kindtaufe in der Pflugstraße 5,15. Parteigenossen in Zugau, durch Winkler 11,95. Ruslauer Genossen, Amerik. Auktion 7,51. Arb. d. Metallwaaren-Fabrik, Elbfahrb.-Wer, 11. Rate 9,40. Von Radge durch Henke 5. — Geburtstag 1. November 5. — Gesammelt beim Geburtstag Remig, Lebusstr. 5, 1,75. Von den Genossen Schwedts 9,95. Gewerkschaftsstell in Freiburg im Breisgau 9,95. Verband der Fabrik, Land- und Hilfsarbeit. Jähst. Harburg 29,95. Keiner bei Grindel, Brannenstr. 3. — Schif. Stat. Café Schiller 2,00.

Summa 289,14 M. Bereits quittirt 15 228,26 M.; in Nr. 250 statt 14 657,44 14 557,44 quittirt; in Summa 15 617,40 M.

Berichtigung: In Nr. 247 soll es statt Marie Mens Geburtstag heißen: Mariachens Geburtstag 1,50.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

## Theater.

Freitag, 2. November.  
**Opernhaus.** Der kleine Haydn. Händel und Gretel.  
**Schauspielhaus.** Die die Alten sungen.  
**Leistung-Theater.** Die Schmetterlings-Schlacht.  
**Deutsches Theater.** Hamlet.  
**Berliner Theater.** Stützen der Gesellschaft.  
**Schiller-Theater.** Der Renonit.  
**Neues Theater.** Komödianten. (Cobolins!)  
**Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.** Der Vogelshändler.  
**Residenz-Theater.** (Théâtre libre.) Une Faillite.  
**Theater Unter den Linden.** Der Obersteiger.  
**Bellevalliance-Theater.** Königskrause.  
**Alexanderplatz-Theater.** Ein Modell. Verbotene Liebe.  
**Adolph Ernst-Theater.** Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.  
**Central-Theater.** O! diese Berliner!  
**National-Theater.** Die Weber.  
**Reichshallen-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Saumann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Parodie-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Neue freie Volksbühne**  
im Central-Theater, Alte Jakobstr. 30.  
Sonntag, 4. Nov.: 1. Abth. 2 1/2 Uhr.  
Sonntag, 11. Nov.: 2. Abth. 2 1/2 Uhr.

**Einfame Menschen.**  
Von Gerhart Hauptmann.

**Schiller-Theater.**  
(Wallner-Theater.)  
Wallner-Theaterstrasse.

Freitag, den 2. November, Abends 8 Uhr: **Der Renonit.**  
Sonntag, 4. November, Nachmittags 3 Uhr: **Schiller Vorstellung.** Der Renonit. — Abends 8 Uhr: **Der Meiseldbauer.**

**Central-Theater**  
Alte Jakobstraße Nr. 30.  
Direktion: Richard Schulz.  
**Emil Thomas a. G.**  
**Muna Bänders. Josephine Dora.**  
Zum 63. Male:  
**O! diese Berliner!**  
Große Posse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern nach Sallgrès Reise durch Berlin von Julius Freund.  
Musik von Jul. Einödshofer.  
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.  
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
Morgen und folgende Tage: **O, diese Berliner!**

**National-Theater.**  
Große Frankfurterstraße 132.  
Gastspiel  
des fliegenden Serpentin-Ballets,  
arrangiert v. Balletmeister Göza Zinnor.  
Vorher:  
**Die Weber.**  
Schauspiel in 4 Akten von ...  
Regie: Max Samst.  
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
In Vorbereitung:

**Der Tod als Pathe.**  
Ausstattungs-Komödie in 5 Akten von Ernst Blumke mit theilweiser Benutzung einer Idee von August Blanche.  
Dekorationen von Müller und Schöffer.  
Pictbilder von Ludwig Richter. Flug- und Tanzrevolutionen von Göza Zinnor.

**Adolph Ernst-Theater**  
Vorrechte Aufführung!  
**Charley's Tante.**  
Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas.  
Vorher:  
**Die Bajazzi.**  
Parodistische Posse in einem Akt von Ed. Jacobson und Benno Jacobson.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
**Sonntag, den 4. November:**  
Zum 1. Male:  
**Der kleine Herr.**  
Schwank in 3 Akten v. Arthur Laun.  
Vorher: Zum 1. Male:  
**Die ewige Braut.**  
Biederpiel in 1 Akt v. W. Mannstädt und J. Kron.

**Castan's**  
**Panopticum.**  
**Hassan Ali**  
der grösste Mensch der Welt.  
**Prinzess Topase**  
das kleinste Menschenkind.  
**Mexikanische Niesen-Saceten**  
in noch nie gesehener Größe.

**Passage-Panopticum.**  
  
**51 wilde Weiber**  
aus Dahomey.  
**Die Hegenjhaufel,**  
neueste Illusion.

**Circus Renz**  
Carlstrasse.  
Freitag, den 2. November cr.,  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Tjo Ni En.**  
Vollständig neues Genre!  
Die Manege in 2 Minuten zur Bühne verwandelt.  
Sensationelle Tänze, u. a. les grolots vivants (Origin.) Jeu des barbichous (Original) u.  
Außerdem: 6 Rappen, vorgeführt von Herrn R. Renz. Cyd und das Springpferd Blitz, ger. v. Frau Renz-Stark. Der phänomenale Reiter Mr. Clark. Die Klowns Gebr. Villand, Busto u.  
Sonabend: Tjo Ni En.  
Sonntag: Nachm. 4 Uhr: **Große Romiker-Vorstellung.** Ermäßigte Preise. — Abends 7 1/2 Uhr: Tjo Ni En.  
Fr. Renz, Kommissionsrath.

**Armin-Hallen**  
Kommandantenstraße Nr. 20.  
Säle und Vereinszimmer  
von 20-600 Personen. 757b

**Alcazar**  
Vandeville-u. Variété-Theater  
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage).  
Vornehmster Familienaufenthalt.  
Neu! Sensationell! Neu!  
**Pusebach auf Korea.**  
Neu! Mr. Chong und  
Austreten sämtl. Spezialitäten.  
Entrée:  
Wochent. 20 Pf., Sonntags 40 Pf.  
Anfang:  
Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.  
R. Winkler.

**Bekanntmachung.**  
**Orts-Krankenkasse der**  
**Battler**  
und verwandter Gewerbe zu Berlin.  
Am Sonnabend, den 3. November, Abends 8 1/2 Uhr, in den Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20:  
**Große öffentliche**  
**Mitglieder-Versammlung.**

Tagesordnung:  
1. Aufstellung der Kandidatenliste zu der Delegirtenwahl.  
2. Verschiedenes.  
Am Sonnabend, den 10. November, Abends 8 1/2 Uhr, findet in demselben Lokal die definitive Wahl der Delegirten der Arbeitnehmer nach § 48 unseres Statuts statt. Wählbar und wahlberechtigt sind nur diejenigen Mitglieder, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind, § 48 unseres Statuts. 770b  
Mitgliedsbuch legitimirt.  
Am Sonntag, den 11. November, Vormittags 10 Uhr, findet die definitive Wahl der Delegirten der Arbeitgeber in demselben Lokale statt. § 48 unseres Statuts.  
Der Vorstand:  
W. Erdmann, R. Dittberner,  
Vorstand. Schriftführer.

**Friedrichshagen.**  
Sonntag, d. 4. Nov., Nachm. 1/2 Uhr, im Saale von F. i. S. Schulze, (früher Wandru):  
**Parteiverammlung.**  
Tagesordnung: 1. Bericht vom Frankfurter Parteitag. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vertrauensmannes. 4. Wahl des Vertrauensmannes. 5. Verschiedenes. Pflicht aller Genossen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
Der Vertrauensmann. 757b

**Achtung, Bergolder!**  
Am 30. Oktober verstarb unser Mitglied, der Bergolder  
**Julius Sachse**  
an einem Nervenleiden.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 4. November, Mittags 12 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes aus statt.  
Um recht rege Beteiligung bittet  
297/9 Die Ortsverwaltung.

Am Mittwoch, Vorm. 9 Uhr, verschied nach langem schweren Leiden mein lieber guter Mann, unser Vater, der Restaurateur  
**Joseph Urban,**  
Forsterstr. 54, im Alter von 50 Jahren. Dies zeigen an die tiefbetrübteten Hinterbliebenen. **Wittve Urban** nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet Sonntag, Nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle des alten Michael-Kirchhofes, Herrmannstraße, Rixdorf aus statt. 10172

**Orts-Krankenkasse d. Steinbrucker**  
**und Lithographen, Berlin.**  
Am 30. Oktober verstarb unser Mitglied der Steinbrucker  
Herr Albert Felbin.  
Die Beerdigung findet statt am Sonntag, den 4. November, Nachmittags um 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Weiskensee.  
Um zahlreiche Beteiligung bittet  
765b Der Vorstand.

**Karton-Arbeiterinnen!**  
Die Fabrik von Cohn u. Friedländer, Straßauerstr. 59, ist wegen der vorgekommenen Angriffe auf die Sittlichkeit gesperrt.

**Orts-Krankenkasse der**  
**Korbmacher.**  
Montag, den 12. November d. J., Abends 8 Uhr, bei Hrn. Adalbertstraße 21:  
**General-Versammlung.**  
L. O.: 1. Erziehung eines Arbeitnehmers. 2. Wahl für 8 auscheidende Vorstandsmitglieder. 3. Wahl der Prüfungskommission. 4. Bericht über Zahlstellen. Quittungsbuch legitimirt. 5. Verschiedenes.  
Der Vorstand.

# Große öffentl. Volks-Versammlung

am Sonntag, den 4. November ex., Vormittags 10 Uhr,  
in Schneider's Salon, Borsförterstr. 15.

Tages-Ordnung:  
1. Die Presse und ihr Beruf. Referent: Gen. Liebknecht. 2. Die  
Uebnahme des Vertriebs des „Vorwärts“. 3. Verschiedenes.  
R. Augustin.

## Achtung! Musikinstrumenten-Arbeiter. Achtung!

Sonntag, 4. November, Vorm. 9 1/2 Uhr, bei Deigmüller,  
Alte Jakobstr. 48:

### Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:  
Die augenblickliche Situation des Lohnkampfes. 198/1  
Die Wichtigkeit der Sache macht es jedem Kollegen zur Ehrenpflicht am  
Platz zu sein. Die Lohnkommission.  
NB. Alle Anfragen, soweit sie die Lohnkommission betreffen, sind zu  
richten an H. Kleinlein, im Lokal Rannysstr. 78 bei Böger (fr. Rohr).

## Berein der Bauanschläger

Berlin und Umgegend.  
Sonntag, 4. November, Vorm. 10 1/2 Uhr, bei Ulrich,  
Waldemarstr. 75:

### General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Kommission für Arbeitsvermittlung. 64/9  
2. Aufnahme neuer Mitglieder.  
3. Vorstandsantrag.  
4. Verschiedenes und Fragekasten.  
Der Vorstand.

## Achtung! Maurer. Achtung!

Sonntag, den 4. November, Vorm. Punkt 10 Uhr:  
Öffentliche General-Versammlung

der Maurer Berlins und Umgegend

in den Arminhallen (Gartenfaal), Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung:  
1. Fortsetzung der Diskussion vom 28. Oktober ex. 2. Gewerkschaft-  
liches. — Die Versammlung wird Punkt 10 Uhr eröffnet. Ich ersuche des-  
halb die Kollegen pünktlich zu erscheinen.  
Das Bureau der Versammlung vom 28. Oktober:  
189/14 J. A.: Karl Knöppen, Gr. Frankfurterstr. 112.

## Zentralverb. der Maurer Deutschlands.

Zahlstelle 1, Berlin (Putzer).  
Versammlung  
am Sonntag, den 4. November, Vormittags 11 Uhr, in den Arminhallen,  
Kommandantenstr. 20. 190/3

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Dr. Jössi über: Religion und Sittlichkeit im  
Lichte der Naturwissenschaft. 2. Abgabe der Statistikbücher. 3. Verbands-  
angelegenheiten. 4. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Bevollmächtigte.

## Achtung! Zimmerer. Achtung!

Große öffentliche Versammlung  
der Zimmerer Berlins und Umgegend

am Sonntag, den 4. November ex., Vormittags 10 Uhr,  
im Lokale des Herrn Ehrenberg, Annenstr. 16.

Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Delegierten der Gewerkschafts-Kommission event. Neuwahl  
desselben. 2. Bericht des Delegierten im Bauarbeiter-Kartell event. Neuwahl.  
3. Gewerkschaftliches. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
292/4 Der Vertrauensmann: Th. Fischer, N., Danyigerstr. 83.

## Fachverein der Tischler.

Generalversammlung  
am Montag, den 5. November 1894, Abends 8 1/2 Uhr,  
im Lokale des Herrn Ehrenberg, Annenstr. 16.

Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Bericht des Vorstandes und des  
Bibliothekars. 3. Ersatzwahl des Vorstandes. 4. Vereins-Angelegenheiten und  
Verschiedenes. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
238/5 Der Vorstand.

Die Bibliothek ist wieder durch einen größeren Posten hervor-  
ragender Werke bereichert worden; die Mitglieder werden ersucht, hieron recht  
regen Gebrauch zu machen.

## Verein Schäftebranche.

Sonabend, den 3. November, Abends 9 Uhr, Rosenthalerstr. 57:  
Versammlung.

Auch findet daselbst die Billetausgabe zu dem am  
17. d. M. stattfindenden Kränzchen statt. 264b

Adlershof.

Adlershof.

Färber, Appreteure, Dekateure, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen

Berlins und Umgegend.  
Sonntag, 4. Nov., Nachm. 2 Uhr, bei Herrn Wöllstein:

### Öffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag über: Die Vügen unserer Zeit. Referent Genosse Dr. Pinn-  
Berlin. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Gäste sehr willkommen.  
127/6 Der Einberufer.

Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerzl. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Reparatur.  
sofort. Theilzahlung. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr. [678b

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

### Bezirks-Versammlungen.

Norden: Montag, den 5. November 1893, Abends 8 1/2 Uhr,  
bei Kelle, Schönhauser Allee Nr. 28.  
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbands-An-  
gelegenheiten und Verschiedenes.

Moabit: Sonntag, den 4. November 1894, Vormittags 10 Uhr,  
im „Viktoria-Salon“, Verlegerstraße Nr. 13.  
Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Robert Schmidt.  
2. Diskussion. 3. Werkstatt-Angelegenheiten und Verschiedenes.

Friedrichsberg und Rummelsburg.

Montag, den 5. November 1894, Abends 8 1/2 Uhr,  
bei Heinicke, Friedrichsbergstr. 11.  
Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn C. Hoffmann: „Das  
Handwerk früher und jetzt“. 2. Diskussion. 2. Verbands-Angelegenheiten und  
Verschiedenes.

### Vertrauensmänner-Versammlung.

Süd-Ost: Montag, den 5. November 1894, Abends 8 1/2 Uhr,  
bei Hoffmann, Oranienstraße Nr. 180.  
Tagesordnung: Besprechung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse.  
Hierzu sind die Kollegen der Lurusmöbel-Branche besonders eingeladen.  
Zahlreicher Besuch aller Versammlungen ist dringend erforderlich. Auch  
Nichtmitglieder haben Zutritt. — Neue Mitglieder werden in den Versam-  
mlungen aufgenommen.  
142/19 Die Ortsverwaltung.

## Achtung! Friedrichsberg. Achtung!

Sonntag, den 4. November, Vormittags 11 Uhr,  
im Saale des Herrn Fuchs, Lichtenberg, Dorfstraße 2:  
Große öffentliche

### Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung und Bericht des Vertrauensmanns. 2. Wahl des Ver-  
trauensmanns. 3. Wahl der Revisoren. 4. Wahl der Lokalkommission.  
5. Verschiedenes.  
257/13 Die Vertrauenspersonen.

## Freie Volksbühne.

Sonntag, den 4. November, Nachmittags 2 1/2 Uhr,

I. Abtheilung (Festung-Theater):  
Die Stützen der Gesellschaft.  
V. Abtheilung (National-Theater):  
Der Biberpelz.

Die Zahlstelle 10 ist von Schröder, Kreuzbergstraße Nr. 15, zu L.  
Tolkendorf, Sorauerstr. 17, verlegt worden. Die Mitglieder, die bisher bei  
Schröder gezahlt haben, können sich ohne Ausweis nach einer anderen Zahl-  
stelle umschreiben lassen. In der Nähe befinden sich die Zahlstellen Alb  
Böttger, Zigarrenhandlung, Jossenerstr. 31 und A. Lüge, Restaurateur,  
Fürbringerstraße 22.  
Nach der Zahlstelle L. Tolkendorf können sich die Mitglieder ohne  
Ausweis umschreiben lassen.  
Mitglieder zur VII. Abtheilung werden in allen Zahlstellen  
aufgenommen.  
Der Vorstand der Freien Volksbühne.  
271/20 J. A.: Julius Türk, O., Blumenstraße 21.

## Verband deutscher Zimmerleute.

(Lokalverband Charlottenburg.)

### Feier des 1. Stiftungsfestes

Sonabend, den 3. November, bei Herrn Krause,  
Wilhelmsdorferstraße 39, 772b  
bestehend aus: Romischen Vorträgen, Tanz und Aufführung lebender  
Bilder, unter Mitwirkung des Gesangsvereins Froh-Hoffnung  
(M. des A.-S.-B.) und der Zivil-Berufsmusiker.  
Hierzu ladet freundlichst ein Das Komitee.

## Fachverein d. Klempner.

Sonntag, den 4. November, Nachm. 5 Uhr:  
Grosses Vokal- und Instrumental-Konzert

in „Hoffmann's Festsälen“, Oranienstr. 180,  
unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Freier Männerchor Nord-West“  
fr. Klempner (M. d. A.-S.-B.) unter Leitung seines Dirigenten Hrn. F. Primmol.  
Komische Vorträge. Nach dem Konzert: Tanz.  
Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.  
Entrée 20 Pf. Anfang 5 Uhr.  
Da der Ueberschuss den ausgesperrten Grauzwei-Arbeitern zu gute  
kommt, bitten wir, recht zahlreich zu erscheinen.  
Billets sind bei den Vorstandsmitgliedern und im Verkehrslokale bei  
Stramm, Ritterstr. 123, zu haben. 153/5

## Ruderverein „Vorwärts“.

Sonabend, den 3. November 1894:  
Winter-Vergnügen — Ball

in den „Arminhallen“ (großer Saal), Kommandantenstr. 20.  
Einlasskarten inkl. Tanz 50 Pfg.  
Kein Ringier! Kein Saalverweigerer!

## Lüchtiger Gesang-Lehrer,

theoretisch und praktisch gebildet, wird als 65/11  
Bundes-Dirigent  
für den Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend gesucht. — Respektanten  
werden ersucht, ihre Adressen einzusenden an Ad. Neumann, Berlin N.,  
Pasewalkerstr. 3.

## Jede Uhr

zu repariren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gut-  
gehens nur 1 Mk. 50 Pfg. (außer Bruch), kleine Reparaturen  
billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Uhren, getragene  
Uhren von 5 M. an. Neue silb. Cylinder-Remontoirs, 6 Steine,  
von 14 M. an, do. 10 Steine, von 16 M. an, goldene Damen-Remontoirs, 14 Karat  
Gold v. 24 M. an. Gold- und Silberwaaren in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen  
E. Rothert & Stolz, Geschäft: Andreasstr. 62.  
Uhrmacher. Chausseestr. 78.

## Zentral-Kranken- u. Sterbefälle

der Tischler u. s. w.  
Oertliche Verwaltung Berlin E.  
Sonntag, 4. November, Vorm. 10 Uhr,  
bei Herrn Wilke, Hochstr. 32a:

### Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:  
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1894.  
2. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimirt.  
762b Die Ortsverwaltung.

## Offenbacher

### Frauen-Kranken-Kasse

(E. S. Nr. 26). 117/1  
Der selben können Frauen u. Mädchen  
von 14 bis 45 Jahren beitreten.  
Die Aufnahmen erfolgen in den  
nachstehenden 4 Verwaltungsstellen.  
I. W. Worlitz, Lausitzerstr. 28.  
II. Frau Lutz, Puttlamerstr. 7, i. R.  
III. P. Dolz, Bergstr. 79, i. R.  
IV. J. Kantner, Köpenickerstr. 90, u. II.

Elegant werden Damenhüte für 40 Pf.  
garnirt Lothringersstr. 23, 2 Tr.

## A. Hoffmann's Verlag

Berlin O., Krautstr. 38a.  
Soeben erschien: 758b  
Die rothe Fahne. Männer-  
chor. Partitur und Stimmen 1 M.  
Porto 5 Pf.

Deklamator u. Coupletjäger  
(Vorwärts-Sammlung). Poli-  
tische und humoristische Vorträge.  
2. Aufl. 96 S. geb. 30 Pf. Porto 5 Pf.

Für das Weihnachtsfest:  
Bilderbuch  
Arm und Reich

Der Arbeit A-B-C für Kinder des  
Proletariats. 27 farbige, 5 schwarze  
Bilder. Erzählungen, Gedichte,  
Kinderspiele, Sprüche. 50 Pl. Porto  
10 Pf. Wiederverkäufer Rabatt.

## Gedhandlung des Vorwärts

Berlin SW., Beuthstr. 2.  
Soeben ist erschienen:  
N. G. Tschernishevsky.

Eine literarhistorische Studie  
von G. Pechanow.  
392 Seiten 8°. Preis broch. 2,50 M.  
geb. 3 M. — Porto 30 Pf.

Die russischen Verhältnisse der  
Mitte unseres Jahrhunderts, die  
Reformperiode unter Alexander II.,  
den damaligen eigenartigen russi-  
schen Sozialismus schildert und  
erklärt der Verfasser an der Hand  
des historischen Materialismus.  
Im zweiten Theil untersucht er  
den utopischen Sozialismus an  
der Hand der Marxischen  
Lehren und gestaltet die Dar-  
stellung zu einem Compendium des  
wissenschaftlichen Sozialismus,  
das an Schärfe, Klarheit und  
Beweiskraft kaum übertroffen  
werden dürfte. 445/30

Vereinszimmer mit Piano, 30 Per-  
sonen fassend, zu vergeben. 773b  
F. Walter, Wienerstr. 56.

Sonabend, den 3. d. M., werden  
Sammel und Gänse angepfl. Kein  
Bontot-Bier. Aug. Genth,  
755b Königgräberstr. 108.

Buske's Saal, Grenadier-  
straße 33, früher See-  
feld, ist zu Festlichkeiten und Versam-  
mlungen noch frei. Große und kleine  
Vereinszimmer noch zu vergeben.

Eisenöfen gebr. bill. Engelhardt,  
Lindenstr. 80. 761b

Grünauerstr. 25 sind noch sehr sedl.  
Wohn-, 1 u. 2 Zimm., Kch., Korr. u. Bad.  
sofort od. später preiswerth zu verm.

Möbl. Schlafst. n. v. 7 M. Wittme  
Gsch. Abalbertstr. 84. 766b

Schlafstelle, 6 M., Brunnenstr. 176  
bei Tischler. 759b

## Arbeitsmarkt.

Geübter Masterschneider u. Packer  
gesucht. Deutsch & Kadmann,  
Goldbleistfabrik, Dresdenerstr. 97.

Geübte Kartonnarbeiterinnen  
finden dauernde Beschäftigung. Gut-  
mann u. Meyer, Wendelsbahnstr. 2.

Verfilberer verl. Goldbleistfabrik,  
Friedenstr. 10. 756b

Für die hiesigen Leser liegt  
der heutigen Nummer unseres  
Blattes die gekrönte Gewinnliste  
der preuß. Lotterie bei.



